

# infoblatt

Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so

79

Schicker Solles werden

## Städte - Ciudades - Cities

Unsere Stadt für alle

Wem gehört Managua?

Eiskaffee in der Mall und Joggen hinterm Zaun

Eine Musterstadt für die Reichen

April 2012

[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

# Editorial

„Recht auf Stadt“ – so heißt das Bündnis in Hamburg, das gegen Mieterhöhungen und Gentrifizierung kämpft. „Wem gehört die Stadt?“ fragt ein actionistischer Kongress gegen Gentrifizierung in Frankfurt. „Giesing bleibt working class“ finden die Münchner Löwenfans mit Bezug auf „ihren“ Stadtteil, der momentan im Visier der Immobilienmakler steht. Stadt ist in aller Munde.

Auch zu uns ist das Stadtgeflüster durchgedrungen. Ein vages Unwohlsein mit manchen gentrifizierungskritischen Forderungen und deren teilweise konservative, weil Alles-soll-so-bleiben-wie-es-ist-Haltung hat uns dazu bewogen, uns genauer mit der Thematik zu beschäftigen. Was ist Stadt überhaupt? Wie hat sie sich entwickelt? Und was ist Gentrifizierung? Der Kabarettist Marc-Uwe Kling meint, jeder, der allein das Wort kennt, ist bereits Teil davon. Doch was bedeutet das für die politische Praxis?

Vor allem der Vergleich zwischen dem, was wir hier erleben und den Entwicklungen in den Städten Mittelamerikas hat uns noch einmal die Komplexität von Städten, Stadtentwicklungen, interessengeleiteter Stadtpolitik und politischem Widerstand darin deutlich gemacht.

In diesem Heft haben wir versucht, unsere Gedanken und Widersprüche dazu zu formulieren. Der Artikel „Unsere Stadt gehört allen oder wie man sich einen Porschefahrer vom Leib hält“ nähert sich der Stadt als sozialem Raum und hinterfragt kritisch manche Zugangsweisen der deutschen Anti-Gentrifizierungsdebatte. Basierend auf der Idee, dass Städte gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegeln, geben wir Einblick in die Stadtentwicklung Managuas und San Salvadors und die so genannten charter cities in Honduras. Der Text „Wem gehört Managua“ zeigt auf der Basis der Geschichte Managuas, die sich vor allem durch das große Erdbeben 1972 drastisch veränderte, wie sich arme Bevölkerungsschichten Teile der Stadt aneignen, während sich ökonomische Eliten immer stärker abschotten. In San Salvador spiegelt sich die seit Jahren andauernde Debatte um Kriminalität und Sicherheit auch in der Stadtpolitik und im städtischen Leben wider. „Eiskaffee im Einkaufszentrum und Joggen hinterm Zaun“ zeigt auf, wie durch das Bedürfnis nach Sicherheit öffentlicher Raum zunehmend privatisiert wird und welche Umgangsformen damit die Stadtbevölkerung findet. In Honduras plant die Regierung die Einrichtung so genannter charter cities. In neokolonialer Art sollen Städte entstehen, die vollkommen nach den Bedürfnissen der Produktionszonen ausgerichtet sind und in denen nur die wohnen sollen, die in den Fabriken arbeiten.

Neben der inhaltlichen Arbeit haben wir auch versucht, das Infoblatt optisch an die Zeichen der Zeit anzupassen. Wir hoffen, damit Ihre Lese-gewohnheiten nicht zu sehr zu irritieren. Im Gegenteil. Wir wünschen uns natürlich, dass Ihnen das Lesen mit dem neuen Layout noch viel mehr Freude bereitet als bisher.

An dieser Stelle wollen wir uns noch bei all denen bedanken, die auf unsere Bitte reagiert haben, sich aktiv zu melden, wenn das Druckabo weiter gewünscht wird. Wir haben sehr nette Briefe, Karten und Emails erhalten und uns so darüber gefreut, dass wir jede einzelne Reaktion bei unseren Treffen vorgelesen haben. Diese Anerkennung hat uns sehr beflügelt, weiter zu machen. Denn nun wissen wir: Wir schreiben nicht für den Orbit.

Wir hoffen, dass Ihnen das neue Heft gefällt und freuen uns auch weiterhin über kritische und lobende Rückmeldungen.

## Inhalt

### Städte – Ciudades – Cities

Unsere Stadt für alle oder: Wie kann man sich einen Porschefahrer vom Hals halten?	3
Wem gehört Managua?	8
Eiskaffee in der Mall und Joggen hinterm Zaun – Die Privatisierung öffentlichen Raumes in San Salvador.	13
„Eine Musterstadt für die Reichen“ – Interview mit Jesús Garza zu den geplanten Charter Cities in Honduras	17
„Von Organisationsprozessen aus Lateinamerika lernen?“ - Rezension	20

### Nicaragua

Rindfleisch nach Venezuela – Was ist daran revolutionär, wenn Nicaragua Rindfleisch nach Venezuela exportiert?	22
Diriomito e.V. hört auf	26

### Honduras

Wir kämpfen darum, Leben zu erhalten – Interview mit dem LGBT-Aktivisten Fernando Reyes aus Honduras	28
--	----

### Bayern

Bayern gegen Extremismus	33
--------------------------	----

Nachruf: Ernesto Koch ist gestorben	37
-------------------------------------	----



# Unsere Stadt für alle

**oder: Wie kann man sich einen Porschefahrer vom Leib halten?**

## **Die Stadt hat Konjunktur und sie ist kompliziert – ein Versuch der Klärung**

(gf) Heute geschlossene Gesellschaft. Das Schild an der Eingangstür lässt vermuten, dass drinnen geraucht werden darf. Aber darum geht es nicht. In der Kneipe, die im Bayerischen als Boazn<sup>1</sup> bezeichnet wird, findet an dem Abend eine Geburtstagsparty statt. Ein Freund von mir, überzeugter Bewohner des Wohnprojekts um die Ecke und Gegner der Gentrifizierung, feiert seinen 30. Geburtstag. Die Kneipe ist Trash. An der Decke hängen Faschingsgirlanden, es gibt Spielautomaten, an denen man gender bender und erotic games spielen kann, ab und an wird auch die Dartscheibe angebracht, darauf weist der abgetretene gelbe Klebestreifen am Fußboden hin, der den richtigen Abstand zur Scheibe markiert. Zur vollen Stunde dröhnen Radionachrichten aus den Boxen. Der Wirt sagt zu allen Du.

Trotz geschlossener Gesellschaft sitzen am runden Tisch in der Ecke vier Männer, die dort immer und an diesem Tag wahrscheinlich auch schon länger sitzen. Sie haben ihre Gesichtszüge nicht mehr so richtig unter Kontrolle. Einer von ihnen schläft immer wieder mit dem Kopf im Nacken und offenem Mund, ein an-

derer döst mit der Stirn auf der Tischplatte. Beide wachen auf, wenn es darum geht, stoisch das nächste Bier zu bestellen.

## **Machen wir hier Gentrifizierung?**

Diese Kneipe unterscheidet sich deutlich von denen, die die Geburtstagsgäste sonst besuchen. Und genau das ist der Grund, warum das Fest hier stattfindet. Wir wollen anders sein. Wir wollen nicht in die schicken Kneipen gehen, die im Zweifelsfall mit dem Label „Gentrifizierung“ beschrieben werden. Von verschiedenen Gästen wird der Wunsch geäußert, hier eine Stammkneipe zu etablieren. Eine Freundin aus Berlin berichtet, wie unerträglich mittlerweile die Zustände in Kreuzberg seien. Es sei nicht mehr möglich, in die Kneipe zu gehen, ohne von oben bis unten taxiert und eingeordnet zu werden. Spaßgesellschaft und Normierung. Das sei nicht auszuhalten. Deswegen sei sie jetzt nach Neukölln gezogen, in ein Wohnprojekt. Klar, es sei ihr durchaus bewusst, dass dort auch nur Mittelschichtsweiße mit Uniabschluss eingezogen sind, aber in den Kneipen um die Ecke müsse sie sich nicht mit Yuppies abgeben, sondern freue sich über die Leute, die halt auch von woanders her kommen.



Kein Kommentar

Freudig und vielleicht ein bisschen belustigt zeigt sie auf den runden Tisch mit den vier schlafenden Bierdimpfeln. Geil oder, sagt sie.

Auf der Tanzfläche taucht die Frage auf, ob wir hier nicht auch Gentrifizierung betreiben. Hm, sagt die eine. Jetzt ohne Witz, klar machen wir das, der andere. Naja, aber immerhin schaffen wir gerade ziemlich viel Umsatz und dadurch kann die Kneipe überleben, überlegt die dritte. Eine andere Freundin erzählt von ihrem Kollegen. Er habe, als sie ihm den Partyort nannte, gefragt, ob das jetzt so sei wie früher, als die Linken in die Fabrik gegangen sind. Wahrscheinlich nicht. Es geht nicht darum, mit denen, die da schon sind, in eine politische Auseinandersetzung zu treten. Es geht eher darum, sich irgendwie mit ihnen gemein zu machen und sich bewusst von dem abzugrenzen, was als ein negativ bewerteter Trend angesehen wird: chillige, schicke und teure Kneipen, die ein bestimmtes Publikum anziehen. Vielleicht geht es auch darum, von sich selbst das Bild des „underdogs“ zu entwerfen.

Auf einmal komme ich mir vor wie ein Teil einer paternalistischen Gruppe. Mit dem Selbstbewusstsein, zu „den Guten“ zu gehören, eignet sich die Partygang die Kneipe zumindest an diesem Tag an. Sollten wir die Leute hier nicht einfach in Ruhe lassen? Wieso gehen wir davon aus, dass die uns hier haben wollen? Unsere Musik – denn erst wird das Radio durch mitgebrachte CDs ersetzt und dann durch einen DJ mit Laptop –, unsere für uns witzigen Geburtstagsseinlagen, unsere Tresengespräche zu später Stunde. Oder ist das übertrieben? Vielleicht gehen die zwei Wirte abends nach Hause und denken sich, was für ein komisches Volk, aber die Kasse hat gestimmt. Vernünftig wäre das.

Immerhin – das ist auch ein Effekt der Gentrifizierungsdebatte – machen wir uns darüber Gedanken. Gentrifizierung – der Begriff ist mittlerweile fast zu einem Maßstab für „richtiges“ oder „falsches“ Leben geworden. Wie kommt es, dass dieser ursprünglich aus der Stadtsoziologie kommende Begriff diese moralischen Aufladung erfahren hat?

### Gentrifizierung – was heißt das eigentlich

Der Begriff „Gentrifizierung“ selbst ist viel älter, als es der Hype der Recht-auf-Stadt-Bewegungen vermuten lässt. Er geht auf die britische Stadtsoziologin Ruth Glass zurück, die 1964 den Zuzug von Londoner Mittelklassefamilien in den Londoner Arbeiterstadtteil Islington so bezeichnete.<sup>2</sup> Seitdem werden Aufwertungsprozesse von innenstadtnahen Stadtvierteln in größeren Metropolen als Gentrifizierung bezeichnet. Die Erforschung der dahinter stehenden komplexen Dynamiken, Begründungsversuche, das Herstellen von ökonomischen, kulturellen und politischen Zu-

sammenhängen sowie das Herausarbeiten der Akteur\_innen (so genannte *gentrifier*) beschäftigen Stadtsoziolog\_innen, Kulturwissenschaftler\_innen und Geograph\_innen. Zu den *gentrifieren* werden oft Künstler\_innen, Intellektuelle, Studierende oder Schwule gezählt, die aufgrund ihrer meist nicht komplett normierten Lebensweise zunächst günstige Wohn- und Arbeitsräume suchen. In den Vierteln, in denen sie leben, entstehen dann (sub)kulturelle Angebote an Kneipen, Läden und Galerien, die das Viertel auch für eine bürgerliche Mittelschicht attraktiv machen. Die Folge: Mieten steigen, über den Zuzug von Teilen der bürgerlichen Mittelschicht verändert sich die Zusammensetzung des Viertels, die Menschen, die sich die höheren Mieten nicht mehr leisten können, müssen wegziehen.

Zugegeben: Gentrifizierung ist sehr viel komplexer, als das in dieser Beschreibung deutlich wird. In den Grundzügen passiert jedoch genau das. Daraus wird deutlich: Viele von uns, die wir uns als Gentrifizierungskritiker\_innen verstehen, sind Teil des Aufwertungsprozesses. Wir sind offensichtlich die, die zuerst kommen, sich in Vierteln mit billigen Mieten Wohnungen suchen, das Viertel dadurch verändern, aufwerten und dann dazu beitragen, dass die Mieten teurer werden. Dann können sich erst die, die noch weniger Geld haben, die Wohnungen nicht mehr leisten und dann wir selbst. Oder vielleicht auch nicht wir alle, denn einige von uns sind mittlerweile keine Studierenden mehr, haben sich eine bürgerliche Existenz aufgebaut, können sich die teure Miete leisten, haben sich eine Wohnung gekauft von ihrem Geld oder dem ihrer Eltern.

### Wir sind ein Teil davon

Dieser Zirkelschluss – Teil eines Prozesses sein, den wir eigentlich kritisieren und bekämpfen – macht es auf einmal so schwierig, sich darin zu verhalten. Wie kann man etwas auslösen und es gleichzeitig bekämpfen? Geht das überhaupt? Vermutlich macht genau dieser Zirkelschluss die Widersprüche deutlich, mit denen Recht-auf-Stadt-Aktivist\_innen konfrontiert sind. Einerseits erscheint es reizvoll, Kritik an der Entwicklung in den eigenen Stadtvierteln zu formulieren. Das ist Politik aus der Ich-Perspektive, es geht um konkrete Projekte und es besteht im Zweifelsfall die Möglichkeit, diese Kritik in einen größeren gesellschaftlichen Kontext einzubetten. Trotzdem, oder vielleicht gerade weil die verschiedenen Ebenen zusammengebracht werden sollen, bleibt manchmal unklar, worum es eigentlich genau geht. Möglicherweise liegt die Ursache für diese Unklarheit neben der eigenen Verwicklung in den Prozess in einer weiteren Verkomplizierung: in der Stadt selbst. Denn was ist Stadt überhaupt? Und wer will welches Recht auf



welchen Aspekt oder Teil der Stadt? Und warum ausgerechnet Stadt als Fokus politischer Proteste? Und warum gerade jetzt?

### Metropolen als Gesichter gesellschaftlicher Widersprüche

Große Städte – und die sind es, um die es jeweils geht – sind letztendlich Räume, in denen gesellschaftliche Widersprüche sichtbar werden. Auf der subjektiven Ebene zeigt sich der Widerspruch zwischen einem freieren Leben in Anonymität und der Gefahr, unterzugehen, wenn soziale Netze nicht (mehr) funktionieren. In der Unterschiedlichkeit der Stadtviertel materialisiert sich auf einer sozialräumlichen Ebene soziale Ungleichheit, denn – platt gesprochen – die Sozialstruktur der Bewohner\_innen von Stadtvierteln macht sich nicht in erster Linie an gemeinsamen Interessen fest, sondern am Einkommen (was sich indirekt natürlich sehr wohl auf Lebensformen auswirkt). Die Herkunft aus bestimmten Stadtteilen stellt also bereits eine Art Statussymbol dar. Das Bild, das von dem jeweiligen Stadtteil vorherrscht, überträgt sich auf die Menschen, die in diesen Vierteln wohnen. Dies kann, abhängig vom Stadtviertel, integrierende oder ausgrenzende Dynamiken hervorrufen. Beispielsweise haben Menschen, die aus stigmatisierten Vierteln kommen, schlechtere Jobchancen. Aus einem „benachteiligten Quartier“ wird dann „ein benachteiligendes“.<sup>3</sup> Diese sozial segregierte Stadt, in der die soziale Polarisierung sichtbar wird und sich reproduziert, existiert in den westlichen Industrie-Metropolen erst ungefähr seit den 1980er Jahren und ist damit ein Ergebnis des Postfordismus. Allerdings zeigte sich eine strukturell ähnliche, wenn auch qualitativ vollkommen unterschiedliche Entwicklung bereits im 19. Jahrhundert, als im Zuge der Industrialisierung Elendsviertel der Arbeiterfamilien entstanden.<sup>4</sup> Das heißt also, dass die Stadt auch immer einen sichtbaren Ausdruck hegemonialer gesellschaftlicher Verhältnisse, vielleicht sogar gesellschaftlicher Ideologien, darstellt.

Nicht ausschließlich der Umgang mit sozialer Ungleichheit prägt das Stadtbild, auch hegemoniale Lebensformen und damit soziokulturelle Normen wirken sich unmittelbar auf städtisches Leben aus. In den 60er und 70er Jahren beispielsweise setzte sich die Kleinfamilie mit dem arbeitenden Vater und der Zuständigkeit der Frau für Haushalt und Kindererziehung als hegemoniale Lebensform nach dem 2. Weltkrieg wieder durch. In München bedeutete das beispielsweise, dass diese Familien in Einfamilienhäuser im so genannten Speckgürtel zogen. Vororte und Umlandgemeinden wuchsen. Dort wurden Reihenhaus-siedlungen und Einfamilienhäuser gebaut. Die Innenstadt und die innenstadtnahen Viertel Münchens ent-

wickelten sich zu Orten derer, die wenig Geld hatten. Dort wohnten vor allem Migrant\_innen mit ihren Familien. Lange Zeit lag die Innenstadt nicht im Fokus der Stadtpolitik. Mitte der 80er Jahre veränderte sich das. Innenstädte wurden als Orte von Kultur und Hipness attraktiver, Arbeitsformen wurden flexibilisiert, Outsourcing-Prozesse der großen Unternehmen führten zu einer Vielzahl von kleineren Betrieben wie Marketing- oder Web-Agenturen in der Stadt. Lebensformen pluralisierten sich. Heiraten und Kinder kriegen stellte bei vielen nicht mehr das oberste Ziel der Lebensplanung dar und wenn, so war das auch in einer Stadtwohnung vorstellbar. Die Folge: Die kommunale Entwicklungsplanung reagierte. Es wurden Sanierungspläne für Innenstadtviertel erstellt, Häuser und Wohnungen wurden saniert und teurer, Menschen mit weniger Geld vertrieben. Die Mieten verteuerten sich aber nicht nur aufgrund der Sanierungen, sondern weil – wie sich am Beispiel des Münchner Stadtteils Haidhausen nachvollziehen lässt – diese Sanierungen überwiegend privatwirtschaftlich durchgeführt wurden und zudem die Preisbindung für Altbauwohnungen wegfiel.<sup>5</sup> Das Ineinandergreifen von Aufwertung und Privatisierung, also von kulturellen und ökonomischen Richtungswechseln führte zu den ausgrenzenden Folgen für die damaligen Bewohner\_innen. Dieser Prozess veränderte die Städte weg von der Wohlfahrtsstadt hin zu den oben beschriebenen sozial segregierten Räumen. Die Stadt hat unterschiedliche Gesichter, je nachdem in welcher gesellschaftlichen Situation sie sich gerade befindet.

### Der Blick über den Tellerrand

Das gilt nicht nur für westliche Industrie-Metropolen. Allein ein Blick auf die Städte Zentralamerikas zeigt, wie sich auch dort gesellschaftliche Verhältnisse in Städten widerspiegeln. Die Armut in Nicaragua ist immens. 45 Prozent der Bevölkerung, also fast die Hälfte der Nicaraguaner\_innen, müssen mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen, das sind ca. 60 Dollar im Monat. Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten für eine sechsköpfige Familie werden mit 400 Dollar angesetzt. Auch die von der FSLN eingeführten Sozialprogramme ändern daran wenig. Die Menschen werden überwiegend sich selbst überlassen, müssen selbst sehen, wie sie über die Runden kommen. Dies zeigt sich auch in Managua (siehe Artikel „Wem gehört die Stadt Managua?“). In der Hoffnung auf ein leichteres Überleben kommen Menschen vom Land in die Stadt. Bezahlbare Wohnungen gibt es für sie nicht, deswegen siedeln sie wild, bauen sich Hütten oder be-



Veränderungen



wohnen alte Erdbeben-Ruinen. Wenn überhaupt, sind diese Unterkünfte illegal an Infrastruktur wie Wasser und Strom angeschlossen. Die Stadt Managua kümmert sich nicht darum, dass für diese Menschen billige Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Unterkünfte für sozial Schwache existieren nicht. Andererseits ergreift die

*Vielleicht doch?*

Stadt auch keine repressiven Maßnahmen, um die illegalen Siedlungen zu räumen. Die Menschen werden sich selbst überlassen. Eine gezielte kommunale Sozial- und Wohnungspolitik gibt es höchstens in dem Sinne, dass die *gated communities* der reichen Bewohner\_innen Managuas mit schnellen Zufahrtswegen versorgt werden. Die Polarisierung zwischen arm und reich wird somit in den städtischen Lebensformen in Managua sichtbar.

Noch krasser sind die Planungen für so genannte *charter cities* in Honduras (siehe Artikel „Eine Musterstadt für die Reichen“). Die Idee: Es werden Entwicklungsgebiete ausgewiesen, in denen eigene Gesetze gelten, in denen unabhängig von der Regierung eigene Handelsverträge abgeschlossen werden können, in denen vergünstigte Steuersätze gelten und die von Investor\_innen betrieben werden. So könnten Stadtkolonien entstehen, deren Kolonialherren nicht andere Staaten, sondern internationale oder nationale Konzerne sind. Hier wird neokoloniales Denken offenbar, das Ländern in der Peripherie häufig entgegengebracht wird und das zumindest die honduranische Regierung aufgreift und mit großer Mehrheit unterstützt. Der Begriff *charter cities* weist darauf hin, dass es sich dabei um das Entstehen städtischer Gebiete handelt. Unter dem Deckmantel der „Entwicklung“ sollen Sozialräume möglichst vollständig der ökonomischen Verwertbarkeit untergeordnet werden. Auch in Honduras gibt es Zweifel, ob diese „Entwicklungsstrategie“ tatsächlich umgesetzt wird. Doch unabhängig davon, was letztendlich Realität wird, ist die Idee der *charter cities* bereits Teil des öffentlichen Diskurses. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass diese in leicht entschärften Varianten in die Tat umgesetzt werden.

In El Salvador (siehe Artikel „Der Eiskaffee im Einkaufszentrum und Joggen hinterm Zaun“) ist die Debatte um Kriminalität und Sicherheit in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema geworden. Das Sicherheitsbe-

dürfnis der Menschen spiegelt sich wider in der Art, wie in San Salvador öffentlicher Raum genutzt und/oder privatisiert wird. Gerne werden Shopping Malls zum Flanieren aufgesucht, weil Menschen, die als Gefährdung gelten, kein Zugang zu den Malls gegeben wird. Das Bedürfnis, das eigene Haus zu sichern, zieht sich durch bis in die untere Mittelschicht. Dabei gibt es Abstufungen von *gated communities*, also Wohnanlagen, in denen nur Bewohner\_innen oder von ihnen autorisierten Personen Zugang gewährt wird, bis hin zu von Anwohner\_innen selbst errichteten Zäunen an Straßeneinmündungen. Sicherheit und die Privatisierung von öffentlichem Raum gehen Hand in Hand.

### Mühsal der Ebenen

Städte sind also Orte, in denen die Auswirkungen gesellschaftlich hegemonialer Ideologien auf die eigene Lebenswelt sichtbar werden. Dort werden diese hegemonialen Ideologien spürbar, indem sie Möglichkeiten und Grenzen der Lebbarkeit eigener Lebensentwürfe markieren. In Städten findet ein Ineinandergreifen von Privatheit und Öffentlichkeit statt. Gleichzeitig bieten Städte aber auch Nischen und Räume, in denen alternative Lebensentwürfe lebbar und sichtbar werden können. Das macht Städte für die politische Auseinandersetzung interessant – vor allem in einer Phase, in der gesellschaftliche Utopien fehlen. Es wird möglich, über die Forderung nach einem Recht auf Stadt direkt eingreifen und gleichzeitig gesellschaftliche Verhältnisse kritisieren zu können. Allerdings ist das Zusammenführen der verschiedenen Ebenen komplexer als auf den ersten Blick vermutet. Manchmal führt die Fokussierung auf „die Stadt“ oder „das Viertel“ dazu, dass Forderungen auf gesellschaftlicher Ebene ausgeblendet werden. Und umgekehrt. Das zeigt sich immer wieder an Manifesten, die aus dem heterogenen Spektrum verschiedenster Recht-auf-Stadt-Bündnisse entstehen. In seinem Buch „GENTRIFIDINGSBUMS oder Eine Stadt für alle“ beschreibt Christoph Twickel anhand der Kämpfe in Hamburg seine Kritik an der als Gentrifizierung bezeichneten Stadtpolitik. Am Beispiel der illegalisierten in Hamburg lebenden KubanerInés macht er deutlich, wie sehr sich die Gentrifizierung auf ihr Überleben im Alltag auswirken kann, wenn es in der Großen Bergstraße nach der Aufwertung des Viertels keine Wühltische mehr gibt. Denn dann hätte sie, da sie wenig Geld hat, keine Chance mehr, in Billigläden der Innenstadt einzukaufen. Das wiederum würde das Leben von Inés nach Twickels Einschätzung sehr erschweren. Twickel blendet in seinem Text die gesellschaftliche Ebene vollkommen aus. Durch Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus und gute Bezahlung ihrer Arbeit wäre Inés nicht mehr auf

Billigläden angewiesen und könnte dort nur dann einkaufen, wenn sie es wollte. In paternalistischer Art spricht Twickel für Inés und legitimiert seine eigentlich konservative Sehnsucht nach Erhalt des Stadtviertels mit vermeintlich sozialpolitischen Argumenten. Wie viele andere kritisiert er die Aufwertung der Innenstädte als neoliberale Stadtpolitik. „Die Armen“ und „die Prekarisierten“ (so werden diese Gruppen in seinem Buch zu einer homogenen Masse konstruiert) würden in die Randgebiete der Stadt vertrieben, damit die Innenstadtbezirke der Verwertungslogik besser folgen können. Diese Stadtpolitik ist mit Sicherheit sehr kritisierenswert. Nur: wäre es besser, wenn „die Armen“ und „die Prekarisierten“ in ihren Wohnvierteln wohnen bleiben könnten, dabei aber weiterhin arm und prekarisiert blieben? Ginge es nicht eher darum, Lebensverhältnisse zu kritisieren, die zu Prekarisierung führen und gut sanierte Wohnungen zu bezahlbaren Preisen für alle zu fordern?

Auch im Manifest des Recht-auf-Stadt-Bündnisses in München wird darauf verwiesen, dass die Menschen zwei bis drei Jobs brauchen, um die Mieten bezahlen zu können. Wird hier die Argumentation nicht umgedreht? Ginge es angesichts drastischer Reallohnkürzungen nicht eher darum, bei der Bezahlung für Arbeit anzusetzen und daran anschließend eine Mietpreiskappung zu fordern oder sich für einen festen Anteil am Einkommen auszusprechen, der höchstens für Miete ausgegeben werden darf?

### Auf den Zug aufspringen?

Die Kämpfe um das Recht auf Stadt haben Konjunktur. Passt das nicht – provokant gesprochen – gut zum Neoliberalismus? Parallel zur Aufwertung der Städte im neoliberalen Machtgefüge, zur Konkurrenzbeziehung zwischen den Städten bilden sich auch auf lokaler Ebene Proteste, die relativ isoliert voneinander arbeiten, obwohl sie manchmal für sich in Anspruch nehmen, die soziale Frage mit zu thematisieren. Es findet eine Dezentralisierung von Protest statt, lokale Netzwerke konzentrieren sich auf einzelne Projekte, der Widerstand und auch das Netzwerk verlieren schnell an Schlagkraft, sobald unverrückbare Entscheidungen wie Baugenehmigungen oder Abrissgenehmigungen getroffen sind. Es stellt sich die Frage, ob beispielsweise ein bundesweites Bündnis für bezahlbare Mieten vorstellbar wäre.

Sicherlich ließe sich der Hype um Gentrifizierung, der mittlerweile auch in den bürgerlichen Medien angekommen ist, dazu nutzen, fundamentale Kritik an gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsverhältnissen zu üben. Um dabei die Schlagkraft des Protestes nicht zu verwischen, erscheint es umso wichtiger, genau zu unterscheiden, auf welcher Ebene gesprochen wird.

Das wird vielleicht am folgenden Beispiel deutlich: Die Kolleg\_innen des Infobüros Wuppertal ordnen in ihrem Buch „Recht auf Stadt“ die Proteste gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise in Spanien, die Zeltstädte dort wie die Besetzung der Wall Street durch die Occupy-Bewegung als Teil der Kämpfe um Recht auf Stadt ein.<sup>6</sup> Die Protestgruppen nutzten jedoch die Öffentlichkeit der Städte oder des symbolischen Orts der Wall Street, um eine Krise zu kritisieren, deren Konsequenzen weit über die jeweilige Stadt hinaus gehen. Sicher, der Protest findet in der Stadt und im öffentlichen Raum der Stadt statt. Ihn als einen Teil der Recht-auf-Stadt-Bewegung zu definieren, würde diese Proteste aber regelrecht reduzieren. Ihre Kritik richtet sich nicht in erster Linie gegen Stadtpolitik und Stadtentwicklung. Die Kritik richtet sich gegen eine Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, die gravierende negative Auswirkungen für einen Großteil der Bevölkerung hat – und zwar nicht nur in den Städten, in denen der Protest stattfindet. Nur weil Protest in einem öffentlichen Raum der Stadt sichtbar wird, ist das kein Kampf um das Recht auf Stadt.

### Und der Porschefahrer?

Ein Freund von mir wendet ein: Und trotzdem ist es doch richtig, sich dafür einzusetzen, dass im Viertel Räume erhalten bleiben, in denen nicht die Verwertungslogik die wichtigste Rolle spielt. Es sei doch wichtig, mitzubestimmen, wie ein Viertel aussieht. Er habe keine Lust, dass Porschefahrer in seiner Straße rumfahren, das nerve ihn.

Verständlich. Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, sich für den Erhalt von Räumen einzusetzen, in denen Lebensformen gegen den Mainstream Platz haben, sichtbar werden und damit auch Kritik an den herrschenden Verhältnissen lebbar machen. Es stellt sich nur die Frage, ob man sich damit den Porschefahrer vom Leib halten kann.



*global occupying – gesehen in New York*

<sup>1</sup> = Eckkneipe

<sup>2</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Gentrifizierung>, letzter Abruf 12.3.2012

<sup>3</sup> Schmincke, Imke (2009): *Gefährliche Körper an gefährlichen Orten*. Bielefeld, S. 40

<sup>4</sup> a.a.O.

<sup>5</sup> Zölls, Philip (2011): „Eine menschenwürdige Stadt wird uns nicht geschenkt, wir müssen sie erkämpfen.“, In: Pfeiffer, Zara S. (Hg.): *Auf den Barrikaden – Proteste in München seit 1945*, S. 191 - 199

<sup>6</sup> *Recht auf Stadt. Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation in Lateinamerika*. Nahuascript 13, S.8



# Wem gehört Managua?

(ea) Aus der Tageszeitung La Prensa 16.12. 2011: „In der Nähe des Villenviertels Las Colinas haben 16 Familien ein unbebautes Grundstück besetzt und weigern sich jetzt, den Gemeindebesitz zu verlassen. „Zu diesem Gelände sind die Leute gekommen, um tote Hunde wegzuworfen, hier wurden sogar Menschen überfallen, aber jetzt, nachdem wir das Gelände gesäubert haben und dabei sind, uns hier einzurichten, weil wir sonst nichts haben, wo wir wohnen können, jetzt will man uns vertreiben“ beklagt sich Rosa Cortez eine der Siedler. [...] Am vergangenen Mittwoch, als die Familien das Gelände besetzten, waren die Polizei und Vertreter des fünften Bezirkes der Stadtverwaltung Managua vor Ort erschienen um „einmal einen Blick darauf zu werfen“. Dann wurden die Besetzer von Gemeindeangestellten vorgeladen.“ Immobilienangebot im Internet vom 17. 01. 2012: „Managua, Schönes Haus, vier Schlafzimmer, drei Ba-

dezimmer, Dienstmädchenzimmer, zwei Wohnzimmer, Fernsehzimmer, Speisezimmer, [...] Preis: 200.000 US-Dollar.“

Dieses krasse Nebeneinander von arm und reich ist etwas, das Managua, die Hauptstadt Nicaraguas, mit anderen lateinamerikanischen Großstädten gemeinsam hat. Wie in vielen Ländern der Region lebt auch in Nicaragua ein erheblicher Teil der Bevölkerung in der Hauptstadt. Nur, wie groß Managua im Augenblick tatsächlich ist, weiß niemand so genau. Die jüngsten Zahlen stammen von der letzten Volkszählung im Jahr 2005. Damals zählte man etwas mehr als 908.000<sup>1</sup> Menschen. Die Gemeindeverwaltung selbst (*Alcaldía de Managua*) weist jedoch eine Zahl von 1,25 Millionen<sup>2</sup> aus – für das Jahr 2000. Wie auch immer es sein mag, man kann jedenfalls davon ausgehen, dass zwischen 17 und 25 Prozent der Nicara-



guaner\_innen heute in der Hauptstadt wohnen und zweifelsohne hat Managua einen dominierenden politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf das Land. Infolge dieser Dominanz ist die Stadt im gesamten vorigen Jahrhundert beträchtlich gewachsen. In den letzten 50 Jahren, in denen sich die Bevölkerungszahl des Landes verdreifacht hat, ist die Zahl der Bewohner\_innen Managuas auf das Vierfache gestiegen. Diese dramatische Entwicklung der Einwohnerzahlen ist typisch für die Großstädte Lateinamerikas, und durchaus vergleichbar mit der Situation in Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Unterschied ist, dass die Neuankömmlinge in Managua ihr Überleben im informellen Sektor finden, weil es bis heute nicht die Industrie gibt, die die Stadtbevölkerung damals in Europa zumindest ernährt hat.

### Erdbeben 1972

Stattdessen fiel in diesen Zeitraum ein Ereignis, das Managua zusätzlich schwer getroffen hat: Das Erdbeben vom 23. Dezember 1972 bedeutet eine Zäsur in der Geschichte der Stadt in die Zeit vor dem Erdbeben und die danach. Noch heute, fast vierzig Jahre später, sind die Nachwirkungen des Bebens zu spüren. Mindestens 10.000 Menschen kamen dabei um, mindestens Dreiviertel der Häuser wurden zerstört und 300.000 Menschen wurden obdachlos. Das Zentrum wurde total zerstört. Damit verlor Managua nicht nur Gebäude, sondern auch einen großen Teil seiner Adressen. Es war zu lesen, dass sich ältere Menschen an den Tag des Erdbebens erinnern als an den „Tag, wo sich alle Adressen änderten“. Denn in Managua gibt es keine Straßennamen und Hausnummern, sondern man orientiert sich an so genannten Referenzpunkten. Also heißt die Adresse z. B.: „von der Brücke León eineinhalb Straßenblocks nach Süden“. Referenzpunkte waren und sind meistens markante Gebäude, ein Kino, ein Restaurant, eine Kirche, und die waren nach dem Erdbeben weg. Man behielt aber die Referenzpunkte bei und behalf sich jahrelang mit Umschreibungen wie „von dort, wo früher das Kino war, zwei Straßenblocks zum See“. „Wo Pepsi war“, ist heute noch ein allgemein bekannter Referenzpunkt, obwohl die Fabrik das Beben nicht überstanden hat.

Wer in den 1980er und -90er Jahren erstmals – z. B. als Brigadist\_in – nach Nicaragua gefahren ist, wird sich wahrscheinlich sein Leben lang an das trostlose Zentrum Managuas erinnern. Zehn, ja zwanzig Jahre nach dem Erdbeben war es immer noch leer. Nur ganz wenige Gebäude hatten dort dem Erdbeben standgehalten, und neue waren inzwischen nicht gebaut worden. Aber Ruinen gab es noch eine ganze Menge und es wirkte gespenstisch, Menschen dort

wohnen zu sehen – im ersten Stock eines Betonskeletts. Inzwischen hat sich vieles geändert, Managua hat neue Hotels, neue Referenzpunkte, Shopping-Malls und eine neue Kathedrale, der zentrale Markt wurde durch den *Mercado Oriental* ersetzt, der immer noch ein Provisorium ist. Man sieht zwar fast keine Ruinen mehr, aber ein Zentrum gibt es bis heute nicht. Das alte Zentrum, das jetzt das historische genannt wird, ist immer noch recht leer. Den 10. April des Jahres 2011 muss man als historisch bezeichnen, denn an diesem Sonntag begann die Umsiedlung der letzten Ruinenbewohner\_innen<sup>3</sup>. Hundert Familien hatten immer noch in vier Ruinen im historischen Zentrum gelebt – fast 39 Jahre nach dem Erdbeben.

### Das Managua der Armen

In den Jahren seit dem Erdbeben ist Managua unvermindert gewachsen und hat dabei bis 1995 seine Einwohnerzahl verdoppelt. Dabei haben die Überlebensstrategien der Marginalisierten das Bild der Stadt geprägt – auf nicht genutzten Grundstücken wurden Holzhütten gebaut, die mit den Jahren feste Wände und Wellblechdächer bekommen haben. Die direkte Reaktion der Regierung Somoza auf das Erdbeben beschränkte sich darauf, die baufälligsten Ruinen im Zentrum niederreißen zu lassen, nachdem der *Guardia Nacional*<sup>4</sup> zuvor genügend Zeit gegeben worden war, sie zu plündern<sup>5</sup>. Somoza selbst gelang es außerdem noch, einen Großteil der internationalen Hilfgelder zu unterschlagen. Die Betroffenen mussten also selbst sehen, wie sie die Situation meistern konnten. Viele entschieden sich dafür, sich Gelände anzueignen und dort ihre Hütten zu bauen. Das ging natürlich nur bei Grundstücken, die niemandem gehörten oder bei denen die Eigentümer nicht offensichtlich waren. Häufig war dies zum Siedeln wenig geeignetes Gelände. So entstanden zum Beispiel große informelle Siedlungen an den sumpfigen, von regelmäßigen Überschwemmungen bedrohten Ufern des Managuasees. Genauso wie damals diese Siedlungen entstanden, ohne Infrastruktur, ohne Strom und Wasser, so entstehen Spontansiedlungen (*asentamientos espontáneos*) noch heute. Als 1979 die sandinistische Revolution über die Diktatur Somozas triumphiert hatte, fand sie in Managua eine chaotische Unordnung vor. Die Erdbebenschäden waren noch lange nicht überwunden und 60 Prozent der Wohnhäuser hatten weder Strom, noch Wasser, noch sanitäre Einrichtungen. Neben Bildung



*Fußgängerübergang*

und Gesundheit hatte die Wohnungsproblematik für die Sandinist\_innen höchste soziale Priorität – nur in den 1980er Jahren gab es bisher in Nicaragua ein Wohnungsbauministerium<sup>6</sup>, das sich um die landesweite Wohnungsnot und den Wiederaufbau Managuas kümmerte. Aber wegen der zunehmenden Konfrontation mit den von den USA unterstützten *Contras*<sup>7</sup> wurden die zur Verfügung stehenden Mittel immer knapper. Also konzentrierte sich die Regierung darauf, Baugrund an Familien ohne Wohnung zu verteilen. Der Boden stammte meistens von ehemaligen Somozaanhänger\_innen, die enteignet wurden. Eine korrekte Übertragung der Eigentumsrechte fehlte meistens. Die sich daraus ergebenden Eigentumskonflikte sind bis heute noch nicht gelöst. Die rechten Regierungen, die das Land ab 1990 regierten, hatten keinerlei Interesse an der Wohnsituation der Armen und die weiter wachsende Stadt kehrte zurück zur „informellen“ Entwicklung wie schon unter Somoza. Sowohl Kleinbauern und -bäuerinnen, die auf dem Land, das sich jetzt „nach den Regeln des Marktes“ entwickelte, ihren Grund oder ihr Auskommen verloren hatten, als auch ehemalige *Contras* und Angehörige der Armee, die nach der Demobilisierung auf der Straße gelandet waren, suchten nun nach Überlebenschancen in Managua, besetzten Gelände und bauten sich Hütten.



Übergabe eines Hauses im Rahmen des Programms „Casas para el Pueblo“, Häuser für das Volk

### Spontansiedlungen

Von dieser – hier nur grob skizzierten – Entwicklung ist Managua heute geprägt. Genaue Daten sind unbekannt, aber man geht davon aus, dass es in Managua 300 Spontansiedlungen gibt, in denen etwa 50.000 Familien leben<sup>8</sup>. Diese Werte passen recht gut zu den Ergebnissen der Volkszählung von 2005. Damals wurde auch nach der Wohnsituation

gefragt. In Managua antworteten etwa 300.000 Menschen – also rund ein Drittel, dass sie im eigenen Haus wohnen würden, aber über keinerlei Dokument verfügten, mit dem sie diesen Besitz vor Gericht beweisen könnten<sup>9</sup>.

Seit 2005 hat sich durch den Wahlsieg der FSLN im November 2006 auch im Wohnungsbereich einiges geändert. Zur Wohnungsbaupolitik der Regierung Daniel Ortega gehören die beiden Sozialprogramme „Plan Techo“ und „Casas para el Pueblo“. Beim „Plan Techo“ bekommen bedürftige Familien neues Wellblech für ihre Dächer geschenkt, die Zahl der Begünstigten ist beeindruckend groß. In Managua waren es bisher 40.000<sup>10</sup>.

Von ähnlich großer Bedeutung dürfte für die Bewoh-

ner\_innen der Spontansiedlungen die massive Legalisierungskampagne für ihre Grundstücke sein. Beide Aktionen standen im vergangenen Jahr eindeutig im Zusammenhang mit der Kampagne zur Wiederwahl Ortega und wurden daher von der Opposition heftig kritisiert. Aber zweifellos wurde mit diesem Programm wirklich Bedürftigen geholfen. Bei dem Programm „Casas para el Pueblo“, Häuser für das Volk, muss dies stark bezweifelt werden. Einerseits ist hierbei der Kreis der Begünstigten relativ klein, in Managua wahrscheinlich nicht mehr als ein- bis zweitausend im Jahr. Andererseits erfordert es von den Begünstigten eine Eigenbeteiligung, zu der die Armen nicht in der Lage sind. Die langfristige Finanzierung der Häuser – 30 Jahre – ist zwar im Vergleich zum freien Markt sehr günstig, aber mit 80 Dollar im Monat<sup>11</sup> unerreichbar für diesen Teil der Bevölkerung. Zum Beispiel liegt der Mindestlohn in den freien Produktionszonen (*Maquilas*) seit Anfang dieses Jahres bei 145 US-Dollar und die 60 Prozent der Arbeitenden, die im informellen Sektor beschäftigt sind, verdienen großenteils weit weniger und die Lebenshaltungskosten steigen. Für die nicaraguanische sechsköpfige Durchschnittsfamilie wird heute ein Grundbedarf von 430 US-Dollar im Monat angesetzt.<sup>12</sup>

### Das Managua der Reichen

Neben oder – besser gesagt – getrennt von dem Managua der Armen existieren die Inseln des Managuas der Reichen. Sie leben in den Villenvierteln (*residenciales*) vorwiegend im Süden der Stadt, u. a. in Las Colinas, Altos de Santo Domingo. Diese Viertel liegen höher, dort, wo die Luft besser ist und wo ein frischer Wind geht. Wenn man durch die Straßen von Las Colinas fährt – dort geht niemand zu Fuß – folgt auf beiden Seiten Mauer an Mauer, übermannshoch, oft mit Natodrahtrollen gekrönt und nur unterbrochen von den vergitterten Einfahrten mit den Wachposten. Hier geht es vor allem um Sicherheit, wie in vielen ähnlichen Stadtvierteln, wie man sie überall in den Großstädten Lateinamerikas finden kann. Aber im Gegensatz zu diesen Städten fehlte etwas bis vor kurzem in Managua völlig – es gab keine geschlossenen Wohnanlagen (*gated communities*). Befestigte und bewachte Siedlungen, die hinter ihrer Mauer nicht nur sichere Häuser, sondern auch Schulen, Restaurants und Sportzentren anbieten, gibt es schon lange in anderen Städten Zentralamerikas, wie San José, San Salvador, Guatemala-Stadt, aber vor allem in den großen südamerikanischen Staaten, wo solche Siedlungen richtige Städte in der Stadt mit mehreren Zehntausenden Einwohner\_innen sein können.<sup>13</sup> In Managua sind erst in den letzten Jahren einige geschlossene Wohnanlagen entstanden.<sup>14</sup> Dass es die bis dahin noch nicht gegeben hat, dafür hat Dennis Rodgers, der

die besondere Situation in Managua untersucht hat, eine einfache, aber einleuchtende Vermutung: Die städtische Elite Managuas war nicht groß genug, dass sich der Bau befestigter Wohnanlagen angeboten hätte. Mit dieser geringen Nachfrage nach Sicherheit hätten nur kleine Anlagen entstehen können. Das Einbeziehen von Schulen, Banken und Freizeiteinrichtungen wären dann ökonomisch schwierig geworden.

### Befestigtes Netzwerk

Rodgers hat einige interessante Thesen zur Situation Managuas entwickelt.<sup>15</sup> Das Sicherheitsbedürfnis der Reichen, das treibende Element, das in anderen Städten zur sozialen Segregation der *gated communities* geführt hat, hat in Managua die Bildung eines „exklusiven befestigten Netzwerkes für die städtischen Eliten“ bewirkt. So deutet er das städtische Verkehrssystem aus Schnellstraßen und Kreisverkehren. Die Hauptschlagader des Verkehrssystems in Managua ist die *Carretera Masaya*, die inzwischen sechsspurig ausgebaut ist. Sie führt von der neuen Stadtmitte, mit dem Einkaufszentrum *Metrocentro*, der neuen Kathedrale, den Spielkasinos und Hotels, nach Süden. Am Stadtrand und außerhalb der Stadt erschließt sie die zu beiden Seiten der Straße liegenden Villenviertel. Seit 1990 die Sandinist\_innen die Wahl verloren hatten und mit Arnoldo Alemán in Managua ein Rechter zum Bürgermeister gewählt worden war, werden die großen Straßen ausgebaut und die Kreisverkehre konstruiert. Letztere seien wichtig für die Sicherheit der Eliten, denn auf ihren Fahrten von der Arbeit nach Hause oder zur Bank müssen sie nicht mehr anhalten, und sind damit sicher vor Überfällen. Der von Rodgers gewählten Bezeichnung „exklusiv“ für das Verkehrssystem wird jedeR zustimmen, der/die schon einmal versucht hat, die *Carretera Masaya* zu überqueren oder einen Kreisverkehr zu Fuß überwinden musste. Fußgängerampeln oder Zebrastreifen gibt es nicht, nur ganz selten einmal eine Fußgängerbrücke. Menschen, die sich kein Auto leisten können, sind in diesem System anscheinend nicht vorgesehen. Das spiegelt sich auch in der Unfallstatistik wider. Auf nationaler Ebene waren im Jahr 2010 ein Drittel aller Verkehrstoten Fußgänger\_innen und davon entfiel wiederum ein Drittel allein auf Managua.<sup>16</sup>

### Privatisierung der Sicherheit

Die Mängel in der Verkehrssicherheit tangieren die reichen Eliten kaum. Überhaupt ist für sie Sicherheit kein gesellschaftliches Problem, sondern ein persönliches, etwas, das sie für sich individuell mit Geld regeln. Statt sich auf die unterbesetzte und schlecht ausgerüstete Polizei zu verlassen engagieren sie pri-

vate Sicherheitsdienste. Dass Unsicherheit etwas mit sozialen Problemen zu tun haben kann, verstehen sie vielleicht gar nicht. Für sie kommen nur Häuser mit hohen Mauern, Alarmanlagen und Einfahrten, die 24 Stunden von Posten bewacht werden, in Frage. Das gilt natürlich auch für das Ferienhaus am Pazifik. Die Banken, Einkaufszentren, Bars und Restaurants, in denen sie verkehren, haben auch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen. Und auf dem Weg dorthin werden sie von ihren bewaffneten Leibwächter\_innen geschützt. Private Sicherheitsunternehmen entwickelten sich in Nicaragua parallel mit den Eliten und dem auf sie zugeschnittenen Verkehrssystem Managuas. Gab es 1990 nur ein privates Sicherheitsunternehmen, so waren es im Jahr 2003 schon 56. Mit inzwischen 13.000 Angestellten haben die privaten Sicherheitsdienste heute mehr Personal als die Polizei.<sup>17</sup>

### Wem gehört die Stadt? oder: Wer bestimmt in der Stadt?

Bei uns stellen verschiedene Gruppen, wenn sie sich mit dem Thema Recht auf Stadt beschäftigen, die Frage „Wem gehört die Stadt?“. In Frankfurt zum Beispiel gibt es ein Netzwerk, das sich nach dieser Frage benannt hat. Damit sollen in erster Linie Eigentumsverhältnisse hinterfragt werden. Im Zentrum des Interesses steht die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum für alle. Eine solche Forderung gibt es in Managua im Moment nicht. Bezogen auf die Hauptstadt Nicaraguas würde sich eher die Frage stellen: „Wer bestimmt in Managua?“

Darauf scheint die Antwort zunächst einfach zu sein: Auf politischer Ebene hat die FSLN die Mehrheit im Gemeinderat und stellt mit Daysi Torres die Bürgermeisterin. Überraschenderweise ist aber der Mehrheit der Bewohner\_innen Managuas der Name dieser Bürgermeisterin unbekannt.<sup>18</sup> Sie hat sich also offensichtlich kein eigenes Profil erarbeitet. Dies hängt mit machtpolitischen Interessen Daniel Ortegas zusammen. Managua ist nicht nur mit Abstand die größte Stadt des Landes, sondern als Hauptstadt auch der Ort, an dem nationale Politik stattfindet. Diese Bühne mag Präsident Ortega mit niemandem teilen. Nachdem er 2006 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, achtete er darauf, dass mit Daysi Torres in Managua eine Person an die politische Spitze kam, von der ihm keine Konkurrenz drohte. Der populäre



*Carretera Masaya*

Dionisio Marengo, bis 2008 Bürgermeister von Managua, hatte eindeutig versucht, sich als innerparteiliche Alternative zu Ortega aufzubauen. Im Augenblick zumindest spielt auch in der Stadtpolitik Managuas Präsident Ortega die entscheidende Rolle. Auf politischer Ebene ist Managua als Stadt also auch die Bühne für landesweite Machtpolitik.

Neben ihrer Funktion als politische Arena wird die Stadt genauso von allen ihren Einwohner\_innen bestimmt. Mit ihrem täglichen Leben und ihren politischen Auseinandersetzungen, für die manchmal die Schnellstraßen und Kreisverkehre besetzt werden, haben sie die Stadt gemacht. Zum Beispiel wird die Stadt Managua von den Menschen bestimmt, die sich Gelände angeeignet haben und es spontan besiedelt haben. Sie wird von denjenigen bestimmt, die heute in Vierteln leben, die einmal als Spontansiedlungen entstanden sind. Dies ist der größte Teil der Stadt. In vielen Vierteln kann man noch heute am Verlauf der Straßen deren Entstehungsgeschichte erkennen und sehen, dass sie einmal als Trampelpfade begonnen haben. Auch viele Häuser zeigen ihre Geschichte der ständigen Verbesserung im Eigenbau. Diese Siedlungen sind eben nicht das Ergebnis wohnungspolitischer Programme, sondern eigenmächtiger Aneignungsentscheidungen der Bewohner\_innen. Für diesen Teil Managuas gilt also auch, was Andrej Holm und Matthias Bernt für die Entwicklung von Caracas festgestellt haben: „Die Entwicklung der Stadt vollzog sich damit, gemessen an europäischen Maßstäben, sozusagen »verkehrt herum« und folgte der Formel Besetzung-Konstruktion-Infrastruktur-Grundbucheintrag.“<sup>19</sup>

Früher in der Zeit des Somoza-Clans gab es ein offizielles Rasterystem aus durchnummerierten *Avenidas* und *Calles*, das heute zwar im historischen Zentrum noch existiert, das aber niemand mehr kennt. Die Bevölkerung hat das heute gültige System der Referenzpunkte durchgesetzt, das mit seiner Informalität Ortsunkundigen solche Probleme macht. Selbst das Orientierungssystem Managuas wird also in gewisser Weise von den Einwohner\_innen bestimmt, die es geschaffen haben.

Das Fehlen einer kommunalen Sozial- und Wohnungspolitik und das Nutzen der städtischen Arena für eigene machtpolitische Interessen Ortegas zeigt sich in Managua also in zweierlei Hinsicht: Infrastruktur für einflussreiche und ökonomisch starke Familie und ein *laissez-faire* bei denen, die wenig politischen Einfluss haben. Deren Wohnsituation wird nicht wesentlich verbessert, ihre Aneignungsaktivitäten oftmals aber auch geduldet. Dieser doppelte Prozess gibt eine interessante Perspektive auf die Frage: Wer bestimmt in der Stadt...

<sup>1</sup> Instituto Nacional de Información de Desarrollo (INIDE) CENSO 2005 Resumen Censal <http://www.inide.gob.ni/censos2005/ResumenCensal/RESUMENCENSAL.pdf>

- Auf S. 116 wird die Zahl 908 892 für die städtische Bevölkerung des Municipio Managua ausgewiesen
- <sup>2</sup> Managua Ficha Municipal <http://www.inifom.gob.ni/municipios/documentos/MANAGUA/managua2.pdf>
- <sup>3</sup> La Prensa 11. April 2011 <http://www.laprensa.com.ni/2011/04/11/nacionales/57577>
- <sup>4</sup> Die Nationalgarde Guardia Nacional war in der Zeit der Diktatur des Somoza-Clans von 1937 bis 1979 deren Repressionsinstrument.
- <sup>5</sup> envío Nr. 84 Juni 1988 <http://www.envio.org.ni/articulo/565>
- <sup>6</sup> Ministerio de Vivienda y Asentamientos Humanos (MINVAH)
- <sup>7</sup> Mit Contras wurden in den 1980er Jahren verschiedene konterrevolutionäre Guerilla-Gruppen bezeichnet, die von den Nachbarländern Honduras und Costa Rica aus Überfälle auf Siedlungen und Infrastruktur verübten.
- <sup>8</sup> <http://www.manfut.org/managua/viviendaA.html#espontaneas>
- <sup>9</sup> Instituto Nacional de Información de Desarrollo (INIDE) CENSO 2005 Vivienda Municipios <http://www.inide.gob.ni/censos2005/Vol/Vivienda/Vol%20II/Vol.II%20Vivienda-Municipios.pdf> siehe S. 131
- <sup>10</sup> [http://www.el19digital.com/index.php?option=com\\_content&view=article&catid=23:nacionales&id=33581:mas-de-mil-plan-techos-para-pobladores-del-barrio-18-de-mayo&Itemid=12](http://www.el19digital.com/index.php?option=com_content&view=article&catid=23:nacionales&id=33581:mas-de-mil-plan-techos-para-pobladores-del-barrio-18-de-mayo&Itemid=12)
- <sup>11</sup> [http://el19digital.com/index.php?option=com\\_content&view=article&catid=20:poder-ciudadano&id=3864:casas-para-el-pueblo-benefician-a-los-mas-pobres&Itemid=11](http://el19digital.com/index.php?option=com_content&view=article&catid=20:poder-ciudadano&id=3864:casas-para-el-pueblo-benefician-a-los-mas-pobres&Itemid=11)
- <sup>12</sup> Instituto Nacional de Información de Desarrollo (INIDE) canasta básica <http://www.inide.gob.ni/CanastaB/CanastaB.htm>
- <sup>13</sup> Siehe z. B. Globalisierung und Stadtentwicklung, *ila* 288, September 2005
- <sup>14</sup> An der Straße von der Carretera Masaya nach Veracruz entsteht eine geschlossene Wohnanlage (Condominio) mit 145 Einfamilienhäusern, die für 94 000 Dollar angeboten werden <http://www.bolsanica.com/detail/2011-06-05-1097/Venta-de-Casas-en-Carretera-Masaya.html>
- <sup>15</sup> Dennis Rodgers, "Disembedding" the city: crime, insecurity and spatial organization in Managua, Nicaragua, *Environment and Urbanization* October 2004 [http://eprints.lse.ac.uk/390/1/Disembedding\\_the\\_City\\_%2D\\_Rodgers.pdf](http://eprints.lse.ac.uk/390/1/Disembedding_the_City_%2D_Rodgers.pdf)
- <sup>16</sup> La Prensa 3. März 2011 <http://www.laprensa.com.ni/2011/03/03/nacionales/53728>
- <sup>17</sup> La Prensa 1. September 2010 <http://www.laprensa.com.ni/2010/09/01/nacionales/36402>
- <sup>18</sup> El Nuevo Diario 13. Februar 2010 <http://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/68229>
- <sup>19</sup> Über das Lokale hinaus, Protagonismus der Ausgeschlossenen: Ansätze partizipativer Stadtentwicklung in den Barrios von Caracas <http://amerika21.de/hintergrund/2007/Auszug-MovimentoR>



# Eiskaffee in der Mall und Joggen hinterm Zaun

## Die Privatisierung öffentlichen Raumes in San Salvador

(eb) Bei einem meiner längeren El Salvador-Aufenthalte im Jahr 2005 stellte ich irgendwann überrascht fest, dass ich mich regelmäßig zum Kaffeetrinken in einer Mall<sup>1</sup> verabredete – zumeist im zentral gelegenen *Metrocentro*. Das passte eigentlich sehr wenig mit meinem Selbstverständnis zusammen: Ich wollte ja die Alltagsrealität der Salvadorianer\_innen kennenlernen, die Stadt erfahren, und mich nicht in stark bewachten Luxus-Konsum-Tempeln tummeln. Aber die Idee, sich in ebendiesen auf einen Kaffee zu verabreden, war nicht immer meine gewesen. Salvadorianische Freund\_innen – nicht unbedingt mit viel Geld – hatten diesen Vorschlag gemacht. Ich gab mich also geschlagen und kam zu der Einsicht, dass öffentlicher Raum, wie wir ihn aus europäischen Städten gewohnt sind, in San Salvador nicht (mehr) existiert: Parks werden ge-

mieden, weil sie als besonders gefährlich – als Orte des Verbrechens und der Prostitution – gelten, es ist ungewöhnlich zu Fuß zu gehen, und Straßencafés im historischen Zentrum sind undenkbar. Wenn man also einen Kaffee trinken gehen möchte, dabei aber auch gerne draußen sitzt und ein bißchen den Flanierenden zusieht, dann eignet sich dafür das Einkaufszentrum am Besten.

Dort stehen schwer bewaffnete Security-Kräfte am Eingang und sortieren die Besucher\_innen vor. Straßenkinder und ambulante Verkäufer\_innen tummeln sich eher vor dem Eingang des *Metrocentro*, um den Passant\_innen etwas zu verkaufen oder sie anzubetteln. Innerhalb der Mall begegnet man diesen als bedrohlich oder zumindest Unordnung schaffend wahrgenommenen – weil armen – Menschen eher





Flanieren im Metrocentro

nicht. Angela Reyes schreibt deswegen angesichts der Malls von einer „Traumwelt“, die geschaffen und einer Ideologie, die vermarktet wird.<sup>2</sup> Angesichts der Gewalt auf San Salvadors Straßen und der Hilflosigkeit der Regierung, die nur über Repression und Militarisierung agiert, ist aber auch die rein physische Sicherheit nicht zu vernachlässigen, die in diesen „Traumwelten“ geboten wird.

Mit mehr als 4.300 Morden – also ca. zwölf Morden pro Tag – war in El Salvador das Jahr 2011 das gewalttätigste seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1992.<sup>3</sup> Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung UNODC bezeichnete in seiner „Global Study on Homicide 2011“ El Salvador als das Land, in dem nach Honduras weltweit am meisten Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ermordet werden.<sup>4</sup> Gemäß der These, dass Stadt und städtischer Raum ein Spiegel der Gesellschaft sind (vgl. den Artikel „Unsere Stadt für alle oder: Wie kann man sich einen Porschefahrer vom

Leib halten?“ Auf Seite 3 in diesem Heft), wirkt sich die Omnipräsenz der Gewalt auch auf die Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raums in der Hauptstadt San Salvador aus. Die Stadt-

soziologin Sonia Baires erkennt in San Salvador einen „Trend zur Privatisierung von Wohn-, Industrie- und Einkaufsgebieten“.



Eine Schranke sperrt eine Wohnsiedlung ab

In den geschützten Konsumbunkern sieht sie einen „neuen Typus öffentlich-privater Reglements“. Stadtplanung – verstanden als Aufgabe der Kommunen, die auch soziale Anforderungen berücksichtigt – wird an Unternehmen ausgelagert, die wiederum Einkaufsflächen und Gastronomiebetriebe vermieten, Infrastruktur zur Verfügung stellen und Zugangsbedingungen schaffen. Öffentlicher Raum wird dadurch privatisiert und den Gesetzen des Marktes unterworfen. Der freiwillige Einschluss der ökonomisch Bessergestellten fördert aber auch den sozialen Ausschluss: Es ist eindeutig, wer als „unbequem“ oder „gefährlich“ identifiziert wird und deswegen in diesen Räumen des öffentlichen Lebens, des Konsums und der Freizeitbeschäftigung unerwünscht ist: u.a. Mitglieder von Jugendbanden, Prostituierte, Bedürftige und Straßenkinder.

Dass die Stadtplanung den Regeln des Marktes unterworfen wird, hat auch aus ökologischer Sicht fatale Konsequenzen. Für den Bau des speziell auf reiche Kundschaft ausgelegten Einkaufszentrums *Multiplaza* wurden Anfang der 2000er Jahre große Teile der Finca El Espino zubetoniert. Die Finca war mit der Agrarreform von 1980 zur Kooperative geworden und galt als letzte „Grüne Lunge“ des Großraums San Salvador.<sup>5</sup> Der privatisierte öffentliche Raum wird jedoch nicht nur von ökonomisch Bessergestellten genutzt. Es kann durchaus eine Sonntagnachmittagsunternehmung einer Familie der unteren Mittelschicht sein, durch das *Metrocentro* (oder eines der vielen anderen Einkaufszentren) zu flanieren und Schaufenster zu bestaunen, ohne zu konsumieren. 2006 gehörten laut einem Bericht der Wirtschaftsbeilage der Tageszeitung *La Prensa Gráfica* 77 Prozent der Mall-Besucher\_innen in der Hauptstadt zur Unterschicht und unteren Mittelschicht, 19 Prozent zum Mittelstand und nur vier Prozent zur Oberschicht.<sup>6</sup> Das ist eher ein Querschnitt durch die salvadorianische Gesellschaft als die ökonomische Elite. Die Menschen kommen nicht nur, um einzukaufen. Sie nutzen Fitnessstudios, Kinos und Fastfood-Restaurants. Und laut Angela Reyes konsumieren sie nicht nur Waren, sondern auch Sicherheit und einen gewissen Lebensstil, „auch wenn am Ende alles gleich aussieht, wie in Madrid, wie in New York oder wie in Berlin“<sup>7</sup>. Der Anthropologe Marc Augé spricht von Shopping-Malls als „Nicht-Orten“. Laut Augé besteht der Unterschied solcher Orte zum traditionellen Ort im Fehlen von Geschichte, Relation und Identität sowie in einer kommunikativen Verwahrlosung. Für Augé schafft der „Nicht-Ort“ Einsamkeit und Ähnlichkeit.<sup>8</sup> Während die – Ähnlichkeit schaffende – Globalisierung eines gewissen Lebensstils, wie er von Reyes beschrieben wird, sich sicherlich in den Malls manifestiert, ist das Konzept der Einsamkeit und der kommunikativen Verwahr-

lösung in Bezug auf die salvadorianischen Einkaufszentren in Frage zu stellen. Mangels eines Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum werden Räume des Konsums durchaus vielfältig und ambivalent – eben auch zum Bummeln und Kaffeetrinken – genutzt.

### Joggen hinterm Zaun

Bevor ich im Jahr 2002 das erste Mal nach El Salvador fuhr, bekam ich viele gute Tipps von Erfahrenen. Einer war, joggen sei gut möglich, falls ich in einer abgesperrten Straße wohnen würde. Da ich nicht jogge, war mir dieser Hinweis recht egal. Erst als ich vor Ort unterwegs war, begann ich das Ausmaß des Phänomens zu verstehen: Nicht nur die ganz Reichen ziehen sich in komplett umzäunte und stark bewachte Wohnanlagen zurück, in denen große Teile der notwendigen wohnnahen Infrastruktur (z. B. Einkaufsmöglichkeiten, Gemeinschaftseinrichtungen, eigene Kindergärten, Schulen und medizinische Versorgung) bereits vorhanden sind, sondern auch Angehörige der Mittelschicht sperren gerne einfach mal ihre Straße ab.

Seit den 90er Jahren entstanden verstärkt Anwohner\_innenvereinigungen, die Sicherheitstore und Pfortner\_innenhäuschen für ihre jeweilige Straße beantragten, bzw. selbige ohne Genehmigung installierten. Dies führte soweit, dass der Oberste Gerichtshof festlegte, dass nur der Vize-Transportminister das Schließen einer Straße erlauben kann, während Pfortner\_innenhäuschen und Eingangstore von den Gemeindeverwaltungen genehmigt werden können.<sup>9</sup> Die Soziologin Sonia Baires gibt an, *gated communities* seien vornehmlich ein Mittelklassephänomen: Über 60 Prozent dieser geschlossenen Wohnanlagen seien mit Hauspreisen zwischen 28.000 und 114.000 US-Dollar dem Mittelschichtssegment zuzurechnen.<sup>10</sup> Während die Selbstisolation der Oberschicht eine lange Tradition hat, die bis auf die Kolonialzeit zurückgeht, ist das Sicherheitsdenken und das Bedürfnis nach Abschottung nun bis in die weniger privilegierten Schichten vorgedrungen. Die Bedeutung der Sicherheit für die Entstehung der geschlossenen Wohnsiedlungen lässt sich an den Vorläufern dieser Wohnform ablesen: Zum einen entstanden in den 70er Jahren Militärkolonien, in denen Armeeangehörige vor Angriffen durch die Guerrilla geschützt werden sollten, zum anderen fand in den Jahren des bewaffneten Konflikts eine „schleichende Einmauerung“<sup>11</sup> statt, die Schutz vor bewaffneten Auseinandersetzungen bieten sollte. Aber auch als Statussymbol kann der Rückzug hinter den Zaun oder das Pfortnerhäuschen gewertet werden: „Wesentlich ist das Gefühl, unter Gleichen zu sein und den Kontakt zu anderen auf ein Minimum zu reduzieren.“<sup>12</sup>



Informeller Handel – ein Obststand

### Umkämpftes Stadtzentrum

Organisierung und Protest gegen diese Segregation und „Hygienisierung des Öffentlichen Raumes“<sup>13</sup> gibt es eher im historischen Stadtzentrum, in das die Oberschicht keinen Fuß setzt und das als „unsicher“ im kollektiven Bewusstsein verankert ist. Die Menschen, die dort arbeiten, haben – trotz des auch bei ihnen vorhandenen Unsicherheitsgefühls – keine Alternativen: Da sie sich keinen Marktstand leisten können, sind sie darauf angewiesen, die – zumindest tagsüber – sehr belebten Straßen als Verkaufsort zu nutzen. Tagsüber fahren ca. 65 Buslinien durch das Zentrum. Die Händler\_innen nutzen den Verkehrsknotenpunkt, um dort die diversesten Dienstleistungen anzubieten. Ein Großteil der informellen Ökonomie findet im Zentrum statt.

Der gerade mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigte Bürgermeister von San Salvador, Norman Quijano, der der rechten ARENA-Partei angehört, verfolgt eine Politik der Säuberung und Neuordnung des Stadtzentrums. Sein Vorgehen ist dabei aber keines, das die Betroffenen einbezieht und deren Interessen berücksichtigt. Mit Verboten und Polizeirepression werden diejenigen vertrieben, die den öffentlichen Raum – mangels Alternativen – noch nutzen und damit in den Augen des Bürgermeisters Unordnung schaffen. Die FMLN-nahe Zeitung *Co-Latino* berichtete im November 2011 über den Plan des Bürgermeisters den zentralen *Mercado Libertad* zu modernisieren. Während Quijano behauptet, dort könnten dann

ca. 2000 informelle Händler\_innen Unterschlupf finden, die von der Straße vertrieben werden, weisen die organisierten Händler\_innen darauf hin, dass das 3,5 Mill. US-Dollar teure Projekt sehr große und für kleine Händler\_innen nicht bezahlbare Verkaufsplätze vorsieht. Sie kritisieren das Projekt als „ausschließend“ und als einen Schritt Richtung Privatisierung der kommunalen Märkte.<sup>14</sup>

Die informellen Straßenverkäufer\_innen wehren sich deswegen gegen die städtische Politik, im Zentrum eine Ordnung zu schaffen, die zu ihrer Vertreibung führt. So gab es im Juni 2010 Straßenschlachten, die sich Verkäufer\_innen, die von ihren angestammten Verkaufsplätzen vertrieben worden waren, mit einer Aufstandsbekämpfungseinheit der Polizei (UMO) lieferten.<sup>15</sup> Auch 2011 gab es in den Tagen vor Weihnachten Blockaden und Proteste von Verkäufer\_innen, die von ihren Verkaufsplätzen vertrieben wurden.<sup>16</sup> Zwei Wochen nach den Kommunalwahlen am 11. März 2012 verkündete die Onlinezeitung Pagina, die „Flitterwochen“ des Bürgermeisters mit den informellen Händler\_innen im Zentrum seien nun vorbei.<sup>17</sup> Nachdem der Konflikt in der Zeit des Wahlkampfes geruht hatte, wird Quijano nun sein Wahlversprechen, das hi-

storische Zentrum zu sanieren, mit neuem Elan verfolgen. Es ist unwahrscheinlich, dass dies zu mehr Sicherheit und der Rückgewinnung des städtischen Raums im Sinne seiner Nutzer\_innen führen wird.

<sup>1</sup> Mall = Einkaufszentrum → eine bewusst konzipierte (und nicht zufällig entstandene) räumliche Konzentration von Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben unterschiedlicher Branchen und anderen Angeboten wie Fitnessstudios oder Kinos

<sup>2</sup> Reyes, Angela (2007): *Wie in Madrid und New York*. In: *ila*, Nr. 307, S. 8-10.

<sup>3</sup> <http://www.elsalvador-info.org/wordpress/?p=2417>, letzter Abruf 30.3.2012

<sup>4</sup> 82 pro 100.000 Einwohner\_innen in Honduras, 66 pro 100.000 Einwohner\_innen in El Salvador, vgl. Hierzu: [http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/Homicide/Globa\\_study\\_on\\_homicide\\_2011\\_web.pdf](http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/Homicide/Globa_study_on_homicide_2011_web.pdf), letzter Abruf 30.3.2012

<sup>5</sup> <http://www.cafe-cortadora.de/attachments/article/54/kk31.pdf>, letzter Abruf 30.3.2012

<sup>6</sup> zitiert nach: Reyes, Angela (2007): *Wie in Madrid und New York*. In: *ila*, Nr. 307, S. 8-10.

<sup>7</sup> Reyes, Angela (2007): *Wie in Madrid und New York*. In: *ila*, Nr. 307, S. 8-10.

<sup>8</sup> Augé, Marc (1994): *Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit*. Frankfurt am Main: S. Fischer.

<sup>9</sup> Baires, Sonia (2005): *Klassenbewusste Einbunkerung*. In: *ila*, Nr. 288, S. 12,13.

<sup>10</sup> Vgl. Hierzu: Interview mit Sonia Baires (2005) [http://www.nccr-north-south.unibe.ch/\\_interview1005.asp](http://www.nccr-north-south.unibe.ch/_interview1005.asp), letzter Abruf 30.3.2012

<sup>11</sup> Baires, Sonia (2005): *Klassenbewusste Einbunkerung*. In: *ila*, Nr. 288, S. 12,13.

<sup>12</sup> a.a.O.

<sup>13</sup> Hoinle, Birgit (2010): *Wem gehört die Stadt? In: Lateinamerikanachrichten*, Nr. 430. <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/3815.html>, letzter Aufruf 30.3.2012

<sup>14</sup> <http://www.diariocolatino.com/es/20111108/municipalismo/97157/Vendedores-dicen-que-modernizaci%C3%B3n-de-mercado-Libertad-es-excluyente.htm>, letzter Abruf 30.3.2012

<sup>15</sup> [http://lapalabra.utec.edu.sv/index.php?option=com\\_content&view=article&id=255:vendedores-ambulantes-causan-desordenes-en-el-centro-de-la-capital-salvadorena&catid=36:realidades&Itemid=63](http://lapalabra.utec.edu.sv/index.php?option=com_content&view=article&id=255:vendedores-ambulantes-causan-desordenes-en-el-centro-de-la-capital-salvadorena&catid=36:realidades&Itemid=63), letzter Abruf 30.3.2012

<sup>16</sup> <http://www.laprensagrafica.com/el-salvador/social/237976-disturbios-por-ventas-informales-en-centro-historico.html>, letzter Abruf 30.3.2012

<sup>17</sup> <http://www.lapagina.com.sv/nacionales/64375/2012/03/25/Se-acabo-la-luna-de-miel-alcaldia-capitalina-contraataca->, letzter Abruf 30.3.2012

**ila** 354, April 2012

## Anarchismus in Lateinamerika

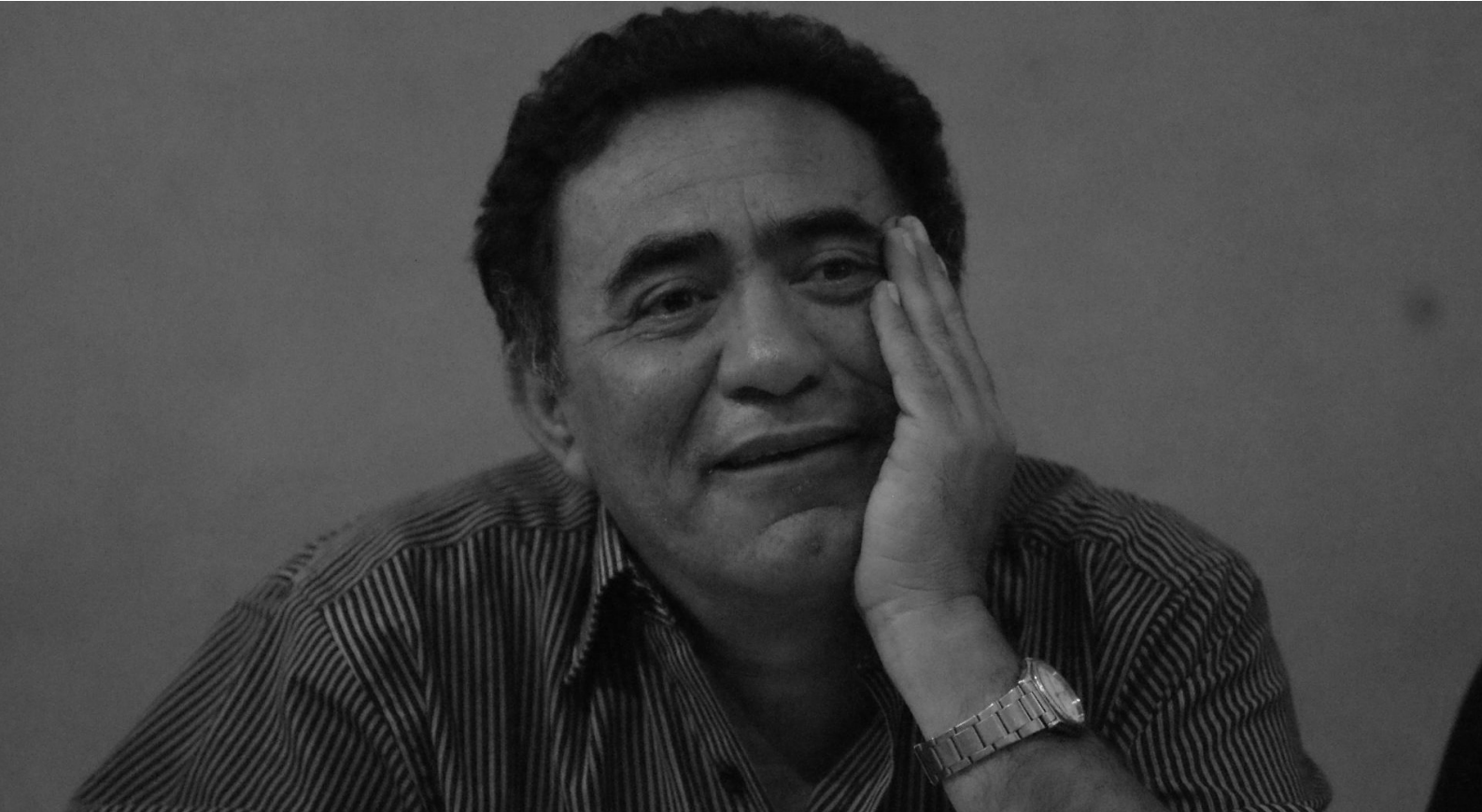
### Der erste deutschsprachige Überblick über Geschichte und Gegenwart des lateinamerikanischen Anarchismus

Insgesamt 14 Beiträge und Interviews zu

- ★ den anarchistischen Bewegungen in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Cuba, Mexiko und Uruguay
- ★ den frühen Anarchafeministinnen
- ★ dem wechselvollen Verhältnis der lateinamerikanischen Linken zum Staat
- ★ dem Autor B. Traven in Mexiko
- ★ dem Verhältnis von Zapatismus und Anarchismus
- ★ den Kämpfen der heutigen sozialen Bewegungen um Selbstorganisation und Autonomie

Die *ila* 354 hat 64 Seiten. Sie kann zum Preis von 5,- Euro (+ 0,50 Euro Porto) bestellt werden bei: [vertrieb@ila-bonn.de](mailto:vertrieb@ila-bonn.de) oder unter: [www.ila-web.de](http://www.ila-web.de)





# Eine Musterstadt für die Reichen

*Interview mit Jesús Garza, Mitglied der Widerstandsbewegung FNRP und CHAAC (Honduranische Koalition der BürgerInnenaktion)*

*In Honduras ist die Einrichtung von „Musterstädten“ (Ciudades Modelos/Charter Cities) geplant. Worum handelt es sich dabei?*

Kurz gefasst, handelt es sich dabei um die Überlassung von Territorien an Investoren, damit sie dort in aller Freiheit Industrien aufbauen können, ohne staatliche Kontrollen hinsichtlich Arbeitsrechten, Sicherheit und Umweltschutz. Ja es wird dort sogar eine eigene lokale Gesetzgebung eingeführt, um die Macht der Investoren zu verstärken. Es sind, wie die Bananenplantagen in ihren besten Zeiten, wirtschaftliche Enklaven, reine Produktions- und Entwicklungszentren (im kapitalistischen Sinn), den Freihandelszonen ähnlich, doch mit mehr Privilegien. Gemäß den

Befürwortern dieses Modells, würde das zur Errichtung von riesigen Maquila-Zonen, Hafenanlagen und touristischen Makro-Projekten führen.

Entsprechend dem am 19. Januar 2011 verabschiedeten Dekret könnten für diese Art von Enklaven bis zu 33 km<sup>2</sup> zur Verfügung gestellt werden. Allem Anschein nach würden den Investoren Konzessionen über einen Zeitraum von vielen Jahren eingeräumt werden, wodurch die Errichtung von dauerhaften Arbeitsplätzen möglich wäre.

*In welchem Zusammenhang ist das Projekt dieser „Charter Cities“, wie die Musterstädte auch genannt werden, zu sehen?*

Dieses Projekt ist im Kontext der Wiedereinführung des neoliberalen Modells nach dem Putsch zu sehen. Dieses geht auf die 1990er Jahre zurück, als in Honduras auf Empfehlung des Internationalen Währungs-

fonds Strukturanpassungsprogramme auferlegt wurden. Aus dieser Zeit stammen die Gesetze zur Modernisierung und zur Entwicklung des Landwirtschaftssektors und zur Privatisierung der öffentlichen Dienste. In Honduras gab es zu jener Zeit weder eine entwickelte Produktivkraft noch einen Binnenmarkt, weshalb die neoliberale wirtschaftliche Öffnung den Staat in einen verstärkten Zustand der Abhängigkeit und der Verarmung stürzte.

Die Regierung Zelaya beabsichtigte, zumindest die negativsten Aspekte des neoliberalen Modells zu eliminieren. Doch nach dem Putsch wurde durch eine Reihe von Entscheidungen, Dekreten und Gesetzen dieses Modell ganz unverblümt wieder eingeführt. Und eine dieser Verfügungen ist eben die Einführung der so genannten „Musterstädte“.

*Und was würden diese Musterstädte für Honduras bedeuten?*

Der US-amerikanische Erfinder der „Charter Cities“ Paul Romer geht von der Annahme aus, dass durch die Einrichtung solcher „Entwicklungspole“ die umliegende Region und schließlich das ganze Land einen Entwicklungsschub erleben würde. Die Befürworter des Projekts in Honduras versprechen sich demzufolge die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Zunahme von Investitionen und des Binnenkonsums durch die erhöhte Kaufkraft der Bevölkerung. Doch dabei werden kleine Details vergessen. Da die Investoren – vorausgesetzt, sie kommen überhaupt – ihre Einsatzgüter steuerfrei einführen können, werden sie aller Voraussicht nach nicht im Land selbst einkaufen, sondern vom Ausland her einführen. Es werden sich die großen nationalen und internationalen Warenhäuser niederlassen und den ansässigen Kleinhandel ruinieren. Und die regionalen Produktions- und Gastronomiebetriebe werden im Wettbewerb gegenüber den Fast Food-Lokalen und den großen Restaurant-Ketten mit ihren importierten Gütern unterliegen.

Die Musterstädte werden in der Bevölkerung Erwartungen auf Arbeitsplätze wecken, auch wenn die Rahmenbedingungen noch so ungünstig sind. Sie führen zu einem Verlust territorialer Souveränität. Den Investoren werden Konzessionen über natürliche Ressourcen erteilt und die Arbeitsrechte werden zum Nachteil der Beschäftigten verschlechtert. Ein positiver Aspekt könnte vielleicht die Verbesserung und Ausweitung des Verkehrsnetzes sein, bis hin zum Bau einer interozeanischen Eisenbahn zwischen Amapala und Puerto Castillo – ein Projekt, das in Regierungskreisen bereits diskutiert wird. Doch das ist noch nicht sicher. Dieses Projekt war bereits 1898 im Gespräch, als die Bananenkonzerne ins Land kamen, und ebenso 1989, als die Freihandelszonen für die Weltmarktfabriken (Maquilas) eingerichtet wurden.

*Wer wären nun die Nutznießer dieses Projekts der Musterstädte und wer die Verlierer?*

Die Gewinner wären immer dieselben, nämlich die Unternehmen, die über genügend Kapital verfügen, um den Investoren ihre Dienste anzubieten. Und der Verlierer wäre die Bevölkerung im Allgemeinen, womit ich die Massen der verarmten Bevölkerung meine, sowie der honduranische Staat, der die Souveränität und die Kontrolle über einen Teil seines Territoriums aufgibt.

*In welcher Planungsphase befindet sich dieses Projekt?*

Die Umsetzung des Projekts hat noch nicht begonnen. Es gibt nur das Dekret, das die Schaffung dieser

### Neues zu Charter Cities in Honduras

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Paul Romer, von dem die Idee der *charter cities* stammt, hat sich intensiv in die politische Diskussion zu diesem Thema in Honduras eingemischt. Immer wieder hat er mit dem Beispiel Hongkong für seine Idee geworben. Wie Hongkong unter britischer Herrschaft zu einem der bedeutendsten Handelshäfen der Welt geworden ist, so könnten sich *charter cities* entwickeln. Dass die Stadt damals britische Kolonie war, berührte ihn bei seiner Argumentation anscheinend wenig.

In Honduras sind seit einem guten halben Jahr alle gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von *charter cities* erfüllt. Nachdem am 19. Januar 2011 so genannte „Spezielle Entwicklungsregionen“ (Regiones Especiales de Desarrollo) in die Verfassung von Honduras aufgenommen worden waren, verabschiedete der Nationalkongress am 29. Juli 2011 wiederum mit großer Mehrheit ein detailliertes Verfassungsstatut<sup>1</sup> dazu. Darin wird den „Speziellen Entwicklungsregionen“ eine sehr weit gehende Autonomie gewährt. Eine „Spezielle Entwicklungsregion“ ist praktisch ein Staat im Staate, mit eigener Polizei, eigenen Grenzkontrollen, eigenem Schul- und Gesundheitssystem. Sie hat eine eigene Regierung, ein eigenes Gesetzgebungsorgan und eine eigene Gerichtsbarkeit. Ihre „Regierung“, die Gebietsverwaltung, kann sogar internationale Handelsverträge abschließen. Der Boden bleibt Eigentum des Staates Honduras und soll von dieser für einen Zeitraum von bis zu 99 Jahren an Investor\_innen verpachtet werden. Nur in einem Bereich werden der Gebietsverwaltung strenge Vorschriften gemacht: bei der Besteuerung. Es dürfen nur Einkommenssteuer und Umsatzsteuer erhoben werden und die Steuersätze sind begrenzt. Der Einkommenssteuersatz darf



Zonen für ausländische Investoren vorsieht. Präsident Lobo ist mit einer großen Gesellschaft – Regierungsmitgliedern und UnternehmerInnen – nach Asien gefahren, um dort die Dienste seines Landes anzubieten. Man könnte diese Reise auch als eine Tour interpretieren, bei der der Ausverkauf des Landes angeboten wurde.

Ich persönlich glaube, dass dieses Projekt derzeit wenig Chancen auf eine Verwirklichung besitzt. Es fehlen viele notwendige Voraussetzungen dazu. Meiner Meinung nach müsste zuerst das entsprechende Verkehrsnetz bestehen. Vor allem aber erscheint mir der Zeitpunkt nicht günstig, denn diese Krisenzeit des glo-

balen Kapitalismus bietet wenig Anreiz für Investoren. Die Unternehmen, die in Länder wie Honduras kommen, möchten hier vor allem Güter zum Verkauf nach Europa und den USA, in Kanada oder Japan produzieren. Da aber in diesen Ländern die Krise noch nicht ausgestanden ist und der

Konsum zurückgeht, wäre es für Investoren sehr riskant, neue Produktionen aufzubauen, ohne über einen sicheren Absatzmarkt zu verfügen. Und mit der Tragödie in Japan verschlechtern sich die Chancen weiter, denn das darauf folgende Geschäft werden die asiatischen Unternehmer machen, dieselben, die unser Präsident und seine Gefolgschaft auf ihrer Reise zur Investition in Honduras überreden wollten.

*Gibt es überhaupt Proteste gegen dieses Projekt? Welche Position nimmt die Widerstandsbewegung ein?*

Die FNRP hat noch keine klare Position gegenüber dem Projekt der Musterstädte ausgearbeitet. Ich glaube, dass die Umstände und Rahmenbedingungen noch nicht genügend erforscht wurden. Das hat aber auch damit zu tun, dass das Ganze bis jetzt nur ein Dekret ist und seitens der Investoren noch kein konkretes Interesse sichtbar wurde, sich hier zu engagieren – außer dem protzerischen Gehabe der Regierungsfunktionäre, die damit prahlen, wie gut sie in Asien empfangen wurden und dass nun bald Machbarkeitsstudien begonnen werden. Aber das alles steckt noch in einer demagogischen Phase.

*Gibt es also noch die Möglichkeit, dieses Projekt zu bremsen oder überhaupt zu stoppen?*

Ja. Und obendrein gibt es Bevölkerungssektoren, die von dem Projekt stark betroffen wären. Gemäß dem Dekret würden sich die Musterstädte in sehr dünn besiedelten Regionen ansiedeln. Die Regierung und die Massenmedien erwähnen zum Beispiel Sico und Paulaya, dieses Tal zwischen den gleichnamigen Flüssen und der Gemeinde Iriona in der Provinz Colón. Wenn die Zone für die Musterstadt nun einen Umfang von 33 km<sup>2</sup> hätte, so würde das in das 1991 zum Agrarreformgebiet erklärte Territorium hineinreichen, wo heute 53 Gemeinschaften mit mehr als 7000 Einwohnern leben. Und die würden sich die Umwandlung ihres Gebietes in diese so genannte Musterstadt sicher nicht so ohne weiteres gefallen lassen.

Interview: Magdalena Heuwieser  
Übersetzung: WernerHörtner  
Das Interview wurde Anfang 2011 geführt.



*Idealer Standort*

bei Personen zwölf und bei Unternehmen 16 Prozent nicht übersteigen. Bei der Umsatzsteuer ist eine Obergrenze von fünf Prozent festgeschrieben. Einen Tag nach der Abstimmung über das Verfassungsstatut, die durch die Anwesenheit Paul Romers „geadelt“ wurde, erfuhr die verblüffte Öffentlichkeit von der ersten konkreten Planung einer „Modellstadt“ in Honduras. Der Konzern *Grupo Terras*, der einem der honduranischen Oligarchen, Freddy Nasser, gehört, verkündete den Plan, eine „Aeropolis“ zu bauen. Diese Flughafenstadt sollte in der Nähe des internationalen Flughafens Ramón Villeda Morales von San Pedro Sula entstehen.<sup>2</sup> Verblüfft war man, weil dieses Glück nicht von ostasiatischen Investor\_innen ausgehen würde, wie zuvor immer gemunkelt wurde, sondern aus Honduras selbst kommen würde. Außerdem verwirrte sehr, dass das Projekt im Großraum San Pedro Sula, also im am besten entwickelten Teil von Honduras liegen sollte und es offensichtlich nicht darum ging, „eine vernachlässigte Region aus der Unterentwicklung zu befreien“, wie die Verfechter\_innen der Idee der *charter cities* zuvor immer behauptet hatten. Nachdem von dem Projekt Aeropolis aber inzwischen nie wieder etwas zu hören war, kann man annehmen, dass Jesús Garza mit seiner Vermutung recht hat, dass derzeit wenige Chancen zur Realisierung des Projektes *charter cities* bestehen.

<sup>1</sup> *Estatuto Constitucional de las Regiones Especiales de Desarrollo* [http://www.cohep.com/pdf/ESTATUTOS\\_CONSTITUCIONAL\\_REGIONES\\_ESPECIALES\\_DE\\_DESARROLLO.pdf](http://www.cohep.com/pdf/ESTATUTOS_CONSTITUCIONAL_REGIONES_ESPECIALES_DE_DESARROLLO.pdf)

<sup>2</sup> *Honduras: Grupo Terra construirá primera Ciudad Modelo 30/07/2011* <http://www.americaeconomia.com/negocios-industrias/honduras-grupo-terra-construira-primera-ciudad-modelo>

# „Von Organisationsprozessen aus Lateinamerika lernen?“

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.)  
Nahua Script 13:  
Recht auf Stadt - Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation in Lateinamerika, 111 Seiten

Mit diesem schmalen Bändchen setzen die Autor\_innen eine lange Tradition des Informationsbüros Nicaragua fort und haben dabei zugleich Neuland betreten. Wie in vorhergehenden Nahua Scripten stehen Austausch und Begegnung mit Basisorganisationen in Lateinamerika im Zentrum des Interesses. Neuland haben die Autor\_innen buchstäblich betreten, indem sie über Mittelamerika hinausgegangen, in die südamerikanischen Länder Uruguay, Argentinien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela gereist sind und sich dort umgesehen haben.

Im ersten Block der Broschüre werden den Leser\_innen unterschiedliche Modelle kommunaler Selbstorganisation in Venezuela, Nicaragua und Uruguay vorgestellt. Der zweite Block präsentiert Formen genossenschaftlichen und kollektiven Eigentums: Wohnungsbaukooperativen in Uruguay und Ecuador, kommunale Gemüsegärten in Kuba und instandbesetzte Betriebe<sup>1</sup> in Argentinien. In einem abschließenden dritten Teil folgt ein Beitrag aus Bolivien zum Thema „Lokale Autonomie“. Im Zentrum dieser Beiträge stehen gut geführte Interviews, von denen auch Leser\_innen, die sich in den untersuchten Regionen nicht auskennen, profitieren können, denn den Interviewten wird ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre politische Arbeit und Überzeugung mit Erfolgen und Zweifeln plastisch darzustellen. Die gewählte Form der Interviews, bei der die Worte der Beteiligten im Mittelpunkt stehen, verleiht dem Ganzen einen besonderen Reiz. Die Leser\_innen können sich selbst ihre Meinung bilden. Umrahmt werden die Beiträge von zwei Artikeln, die versuchen, Verbindungen zur Recht-auf-Stadt-Bewegung bei uns aufzuzeigen. Hierin liegt der hauptsächliche Reiz dieser Publika-

tion: Sehr ernsthaft wird der Frage nachgespürt: Können wir von Organisationsprozessen aus Lateinamerika lernen?

Besonders interessant sind dabei für Menschen, die sich bei uns mit dem Recht auf Stadt beschäftigen, die Untersuchungen zur kommunalen Selbstorganisation. Worum geht es bei der Entscheidung? Wie geht die Regierung mit oppositionellen Bewegungen um? Welche Machtbeziehungen entwickeln sich zwischen staatlichen Strukturen und sozialen Bewegungen? Wie weit geht die Bereitschaft der Bürger\_innen zum Engagement, wo liegen die Hemmnisse dafür? Das sind auch für hier spannende Fragen.

Beim Themenkomplex „Genossenschaftliches und kollektives Eigentum“ werden die dargestellten Beispiele daraufhin untersucht, ob sie mehr sind als die Selbstverteidigung der von Sparpolitik und Arbeitsplatzverlust Betroffenen. Ob sie, weil sie gemeinschaftlich verwaltet werden, zur Gemeinwohlorientierung beitragen können. Ob sich aus einzelnen nicht marktwirtschaftlich, sondern für die Bedürfnisse im Stadtteil produzierenden Betrieben solidarische Produktionsketten<sup>2</sup> organisieren lassen?

Antworten, die man in der Broschüre findet, werden jetzt nicht verraten. Nur so viel sei gesagt: Wie so häufig bleiben auch hier Fragen offen. Aber auch eine Lektüre mit unbeantworteten Fragen, die zum Weiterdenken anregt, kann man guten Gewissens empfehlen.

<sup>1</sup> Nach der Insolvenz der Besitzer wurden die Betriebe von den Belegschaften besetzt und weiter geführt.

<sup>2</sup> Selbstverwaltete Betriebe verschiedener Branchen arbeiten zusammen und vereinbaren dabei solidarische Austauschbeziehungen (z. B. stabile Preise).

# Termine

**17.-20. Mai 2012**

**34. BUKO-Kongress in Erfurt.**

**Under Pressure - Krisen. Kämpfe. Transformationen.**

Der komplette Aufruf zum Kongress und das Programm unter:

<http://www.buko.info/buko-kongresse/buko-34>

**19.-21. Oktober 2012**

**Nicaragua-Konferenz in Wuppertal**

Organisiert wird die Tagung von Menschen und Gruppen der Nicaragua-Solidarität aus dem gesamten Bundesgebiet. Mit der inhaltlichen Klammer, wie Solidaritätsarbeit heute und morgen aussehen kann und welche Perspektiven gegenseitiger Unterstützung denkbar sind, wird es um folgende Themen gehen:

Fairer / Solidarischer Handel; Kooperativen und ländliche Entwicklung; Gewalt gegen Frauen; Zuckerrohr und Agrosprit; Klimawandel, Energiepolitik und alternative Energien in Nicaragua; Wirtschaftspolitik zwischen IWF und ALBA; soziale Bewegungen; Freihandel und Assoziierungsabkommen und ihre Alternativen.

Bei Fragen oder Interesse an einer Mitarbeit:

[info@informationsbuero-nicaragua.org](mailto:info@informationsbuero-nicaragua.org)

Mehr Infos bald unter: [www.informationsbuero-nicaragua.org](http://www.informationsbuero-nicaragua.org)

**16.-18. November 2012**

**Bundestreffen der El Salvador-Solidarität in Frankfurt am Main**

Mit zwei Gästen aus El Salvador findet im November 2012 ein Wochenendseminar statt, bei dem sich entwicklungspolitisch Aktive, El Salvador-Solidaritäts- und Menschenrechtsgruppen vernetzen können. Diesjähriger Themenschwerpunkt wird „Militarisierung“ sein.

Bei Fragen oder Interesse an einer Mitarbeit:

[elsal@oeku-buero.de](mailto:elsal@oeku-buero.de)

Mehr Infos bald unter: [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

**ca. 5.-26.09.2012**

**Politische Reise nach Honduras:  
Palmöl, Gold und Wasser. Ressourcenabbau und Protest.**

Leitung: Kathrin Zeiske & Johannes Schwäbl

Teilnahmebeitrag: ca. 1.700-1.800 Euro

Die Mehrheit der Bevölkerung in Honduras lebt in extremer Armut. Gleichzeitig besitzt das Land einen bemerkenswerten Reichtum an natürlichen Ressourcen

wie Gold, Wasser, Wälder, fruchtbare Böden und tourismus-geeignete Strände. Doch innerhalb des politischen Systems findet keine Umverteilung statt. Das Erstarken der sozialen Bewegungen wurde 2009 brachial mit einem Putsch unterbunden. Eine Rückkehr zur Demokratie hat seit dem de facto nicht stattgefunden. Eine breite vielschichtige Widerstandsbewegung kämpft trotz anhaltender Repression für soziale Gerechtigkeit & politische Partizipation.

Mit dem Putsch hat eine Welle von Privatisierungen & Konzessionierungen durch multinationale Unternehmen eingesetzt, die mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden. Dabei kommt es zu Vertreibungen der ansässigen Bevölkerung, was besonders indigene & Garifuna-Gruppen trifft. Viele Basisorganisationen und kommunale Radios, die sich in der Demokratiebewegung gegen den Putsch organisiert haben, widmen sich dieser Thematik.

Welche Möglichkeiten gesellschaftlicher Einflussnahme gibt es in Honduras nach dem Putsch? Welche Hoffnungen & Ziele haben die Menschen trotz anhaltender Repression? Wie werden diese hinsichtlich des durch die Industrieländer forcierten Ressourcenabbaus beeinträchtigt? Welche Möglichkeiten einer staatlichen & gesellschaftlichen Transformation gibt es innerhalb der politischökonomischen Abhängigkeit von USA & Europa? Welche basisdemokratischen Organisationsformen werden entwickelt, die auch für den globalen Norden Vorbildfunktion haben können? Im Fokus der Reise stehen auch Indigene Rechte, Landraub, Ernährungssouveränität & Entwicklungszusammenarbeit.

Weitere Informationen und Anmeldung:

[hondurasdelegation.blogspot.com](http://hondurasdelegation.blogspot.com)

[honduras@iak-net.de](mailto:honduras@iak-net.de)

[iak-net.de/honduras-palmol-gold-und-wasser](http://iak-net.de/honduras-palmol-gold-und-wasser)



# Rindfleisch nach Venezuela

## Was ist daran revolutionär, wenn Nicaragua Rindfleisch nach Venezuela exportiert?

(ea) Anlässlich der anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Nicaragua erschien im Oktober 2011 im Internetportal der Regierung „El 19“ ein Artikel, in dem für die Wiederwahl der „guten revolutionären sandinistischen Regierung“ geworben wurde. Der Autor zählte dort die Leistungen der Regierung auf, die in der Bevölkerung eine breite Anerkennung gefunden haben: Rückgang der extremen Armut, Erfolge im Kampf gegen die Unterernährung und den Analphabetismus und die zahlreichen Sozialprogramme, von denen die Regierung zu Recht annimmt, dass sie der Verteilungsgerechtigkeit gedient haben. Überraschend waren die Worte, mit denen die Wirtschaftspolitik gelobt wurde: „Die Regierung schafft Anreize. Sie hat politische Initiativen veranlasst, erleichtert und angestoßen, die dazu geführt haben, dass nicht nur die ausländischen Investitionen in unserem Land gefördert wurden, sondern auch die Produktion an sich und hinsichtlich ihrer Diversifikation für den internationalen Markt und der Befriedigung der Binnennachfrage.“<sup>1</sup> Damit ist die Wirtschaftspolitik der Regierung recht gut beschrieben,

*Der Viehbestand von fünf Millionen Rindern soll verdoppelt werden*



aber es stellt sich die Frage: Sieht so wirklich die Politik einer revolutionären Regierung aus?

### Das neoliberale Wirtschaftsmodell wird nicht in Frage gestellt

Das obige Zitat bestätigt das, was auch die Statistik belegt: die FSLN hat nach dem Wahlsieg Ortegas 2007 die Grundpfeiler der nicaraguanischen Wirtschaftspolitik nicht verändert. Wie unter den liberalen Regierungen seit 1990 wird die Weltmarktintegration vorangetrieben, d. h., wirtschaftspolitische Maßnahmen zielen auf die Ausweitung des Exports und das Anlocken ausländischer Investitionen ab. An den Wirtschaftsstatistiken der letzten Jahre kann man ablesen, dass diese Exportausweitung wie in den Jahren zuvor auf der Ausbeutung der Naturressourcen und der billigen Arbeitskraft basiert. Wie früher sind die wichtigsten Exportgüter Kaffee, Rindfleisch, Gold, Zucker, Garnelen und die Produkte – vorwiegend Textilien – aus den freien Produktionszonen. Der einzige Unterschied zu früher besteht darin, dass heute mehr exportiert wird. Besonders hoch waren die Steigerungsraten von 2009 zu 2010. Die Menge des exportierten Kaffees stieg um 26,8 Prozent, von Rindfleisch um 18,3, Gold um 103,5 und Zucker um 94,6 Prozent.<sup>2</sup> Solche Ergebnisse verbucht die Regierung genauso als Erfolg wie die Entwicklung in der Maquila-Industrie. Ende letzten Jahres verkündete der Beauftragte des Präsidenten zur Förderung der Investitionen stolz neue Rekordzahlen: erstmals würden im Jahr 2011 die Exporte der freien Produktionszonen die zwei Millionen US-Dollar-Grenze überschreiten und die Zahl der Arbeitsplätze sei dort mit 97.000 so hoch wie nie zuvor.<sup>3</sup> Bei zwei der erwähnten Exportprodukte lohnt es sich, sie genauer anzusehen.

### Rindfleischexport nach Venezuela

Der Export von Rindfleisch, dem Hauptprodukt der nicaraguanischen Viehzucht, ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. In der ersten Regierungsperiode

Ortega – d. h. zwischen 2006 und 2011 – hat sich die Menge mehr als verdreifacht. Das führte dazu, dass sich Rindfleisch 2011 an die Spitze der nicaraguanischen Exportprodukte schob. Mit dem Export von Rindfleisch wurde damit sogar mehr eingenommen als mit Kaffee, der seit ewigen Zeiten „das“ Exportprodukt Nicaraguas war.<sup>4</sup> Ausgerechnet diese Entwicklung ist Folge der unter Ortega vollzogenen politischen und wirtschaftlichen Annäherung Nicaraguas an Venezuela. Nachdem Nicaragua 2007 sich dem Handelsabkommen ALBA<sup>5</sup> angeschlossen hat, ist Venezuela inzwischen nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner geworden. Nicaragua bezieht heute praktisch sein gesamtes Erdöl aus Venezuela und exportiert dorthin vor allem Kaffee und Rindfleisch. Bei Rindfleisch ist Venezuela heute sogar Hauptabnehmer, noch vor den USA. 2011 wurden 38 Prozent des nicaraguanischen Rindfleischs nach Venezuela exportiert. Diese bedeutende Veränderung im Außenhandel wurde bei Rindfleisch vorwiegend durch eine massive Expansion in der Viehzucht erreicht. Und eine Expansion in der Viehzucht geschieht in Nicaragua seit Jahrhunderten nach der gleichen Methode: die Grenze zwischen dem bebauten Land und dem Regenwald, das, was man dort die Agrarfront nennt, wird weiter nach Osten, in den Wald hinein, vorangetrieben. Ohne finanzielle und technische Unterstützung roden die Siedler\_innen an der Agrarfront ein Stück Urwald, legen Weiden an und ziehen ein paar Kälber auf, die sie dann zum nächsten Aufkäufer treiben, von dem sie ökonomisch total abhängig sind. Dieser verkauft die Tiere an einen großen Viehzuchtbetrieb weiter, wo die Tiere gemästet werden. Von dort werden sie an einen der großen Schlachthöfe verkauft, der sie dann exportiert. So funktioniert diese Produktionskette schon lange und schon immer waren die Siedler\_innen diejenigen, die am wenigsten von den Exporterlösen profitiert haben. Auch heute, wo das Fleisch nach Venezuela exportiert wird, ist es immer noch so. Dass das Handelsabkommen ALBA für sich den Anspruch erhebt, „solidarisch“ zu sein, bedeutet bisher nur, dass zumindest auf der nicaraguanischen Seite wegen der „gerechten“ venezolanischen Preise die Gewinne der mächtigen nicaraguanischen Exportunternehmen gestiegen sind. Der Reallohn der Landarbeiter\_innen hingegen ist in den letzten fünf Jahren kontinuierlich gefallen. Francisco J. Pérez vom Instituto Nitlapan, auf dessen Untersuchungen sich diese Informationen stützen, kommt zu dem Schluss, dass „es bei der augenblicklichen Regierung keine Bestrebungen zu strukturellen Veränderungen“ gebe.<sup>6</sup> Zu den strukturellen Veränderungen, die in Nicaragua notwendig wären, gehört auch ein anderer Umgang mit der Umwelt. Die Ambitionen der Nationalen Viehzuchtkommission Nicara-



*Die Goldmine in La Libertad, Chontales*

guas, CONAGAN, den augenblicklichen Viehbestand von fünf Millionen Rindern zu verdoppeln, gehören mit Sicherheit nicht dazu. In ihrem Jahresbericht 2011 beklagt die Umweltschutzorganisation Centro Humboldt<sup>7</sup> eine „Verschärfung der Umweltkrise“ in Nicaragua und erwähnt dabei vor allem den Rückgang der Wälder, die fortschreitende Bodenerosion und die Abnahme von Wassermenge und -qualität. Das Erschütternde an dieser Entwicklung ist, dass sich das Problem der Abholzung der Wälder in absehbarer Zeit von selbst erledigt, denn die Agrarfront ist nicht mehr weit von der Atlantikküste entfernt.

### Gold

Dabei kann Umweltschutz durchaus ein Thema in Nicaragua sein. Seit Jahren schon verfolgt die nicaraguanische Presse besorgt die Bemühungen des kanadischen Bergbauunternehmens Infinito Gold auf der costaricanischen Seite des Grenzflusses Río San Juan, die neue Goldmine Las Crucitas auszubeuten. Auch die nicaraguanische Regierung kritisierte zu Recht, dass das Ökosystem des Flusses durch den offenen Tagebau und die Goldgewinnung mit Hilfe des hochgiftigen Zyanids irreversiblen Schaden nehmen würde. Nachdem der Oberste Gerichtshof Costa Ricas Ende letzten Jahres den Betreibern der Mine wegen der drohenden Umweltschäden die Lizenz entzogen hat, scheint dieses Problem gelöst zu sein. Aber auch in Nicaragua gibt es Goldvorkommen und der Goldpreis steigt infolge der Weltfinanzkrise schon seit Jahren unaufhaltsam. Von 2006 bis 2011 hat sich der Preis verdreifacht und hält sich seither auf diesem Niveau. Im gleichen Zeitraum hat sich der Wert der nicaraguanischen Goldexporte jedoch verfünf-



facht<sup>8</sup>. Der Anstieg der Goldförderung, der sich aus diesen Zahlen ergibt, ist die Folge der neuerlichen Inbetriebnahme der Goldmine Orosi in La Libertad, Chontales. Das kanadische Unternehmen B2Gold Corporation hatte die Anlage erworben und modernisiert. An der feierlichen Wiedereröffnung der Mine nahm auch Präsident Ortega teil und nutzte die Gelegenheit, Nicaragua als ein Paradies für ausländische Investor\_innen zu beschreiben. Er erklärte, dass sich deshalb die in Nicaragua getätigten Investitionen vielfältigen würden. Ausländische Investor\_innen müssten aber die Umwelt respektieren und genauso verteidigen wie die Rechte der Arbeiter\_innen.<sup>9</sup> Ob dies wirklich so geschieht, ist beim Umweltschutz höchst zweifelhaft, denn die Abbaumethoden in La Libertad sind mit denen, die in Las Crucitas geplant waren, identisch. Was in Las Crucitas vom Gericht verboten wurde, wird jetzt in La Libertad praktiziert: das Gold wird im Tagebau gefördert und mit Zyanid vom Gestein getrennt. Centro Humboldt hat inzwischen die Situation in La Libertad untersucht und einen Bericht veröffentlicht<sup>10</sup>, der eigentlich Besorgnis erregen müsste. Die von der Umweltschutzorganisation befragte Bevölkerung berichtete von mit Zyanid und Arsen verseuchten Bächen und Flüssen, die weiter zur Versorgung von Mensch und Tier genutzt würden, dass Vieh eingegangen sei, nachdem es von dem Wasser getrunken habe und dass die örtliche Vertretung des Umweltschutzministeriums MARENA auf entsprechende Beschwerden nicht reagiert habe. Wasserproben seien entnommen worden, von denen man aber nie wieder etwas gehört habe.

Die geschilderten Fälle sind Beispiele dafür, wie die sandinistische Regierung einen sehr freundlichen Umgang mit in- und ausländischen Unternehmen pflegt und sich bemüht, ihnen bei ihren Geschäften keine Steine in den Weg zu legen. Die Beispiele können problemlos fortgesetzt werden. Man könnte den Zuckerexport thematisieren. Dass diese Branche dafür verantwortlich ist, dass Tausende Arbeiter\_innen der Zuckerrohrproduktion an chronischer Niereninsuffizienz gestorben sind oder daran leiden und dass der bedeutendste Unternehmer Nicaraguas, Carlos Pellas, der unter anderem auch der größte Zuckerexporteur ist, gleichzeitig gern gesehener Gesprächspartner und persönlicher Gast Daniel Ortegas ist. Oder man könnte über die freien Produktionszonen, die Maquila-Industrie, reden. Als die FSLN noch in der Opposition war, gab es von ihr immer mal wieder kritische Worte zur Ausbeutung der Maquila-Arbeiter\_innen zu hören. Seit die FSLN an der Regierung ist, fördert sie die Sonderwirtschaftszonen genauso, wie es früher die neoliberalen Regierungen getan haben. Neue Fabriken sind Erfolgsmeldungen

der Regierung. Die Zahl der Arbeitsplätze soll noch in diesem Jahr die Hunderttausend übersteigen.

Auf jeden Fall wird diese Unternehmer\_innenfreundliche Politik in entsprechenden Kreisen gut verstanden. Die „Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing“ – „Germany Trade & Invest“ – macht sich um die Wirtschaft Nicaraguas keine großen Sorgen. In ihrer Analyse „Wirtschaftsentwicklung Nicaragua 2010“ signalisiert sie deutschen Unternehmen, die mit Nicaragua Handel treiben oder dort investieren wollen, Entwarnung: „Ungeachtet ihrer sozialistischen Rhetorik pflegt die Regierung ein gutes Verhältnis zur Privatwirtschaft. Auch das zentralamerikanische Freihandelsabkommen mit der EU hat Nicaragua unterzeichnet.“<sup>11</sup>

Man kann natürlich gegen die bisher geäußerte Kritik an der Wirtschaftspolitik der sandinistischen Regierung einwenden, dass es unrealistisch sei, nach fünf Jahren fundamentale Änderungen zu erwarten, und hat damit zweifelsohne Recht. Darum geht es hier auch nicht. Die Kritik, die hier geäußert wird, versucht zu zeigen, dass die FSLN bisher keinerlei Initiativen entwickelt hat, die zu strukturellen Änderungen führen könnten. Das betrifft nicht nur die Wirtschafts- sondern auch die Steuerpolitik.

### Besteuerungssystem in Nicaragua

Die Steuerquote<sup>12</sup> ist in Nicaragua wie in den meisten Ländern Lateinamerikas relativ niedrig. Sie liegt in Nicaragua im Augenblick (2010) bei 18,8 Prozent und ist damit sehr viel niedriger als in anderen Weltregionen. In den OECD-Ländern liegt sie bei durchschnittlich 36 Prozent und in Brasilien auch bei 35 Prozent.<sup>13</sup> Weitere Merkmale, die das nicaraguanische Steuersystem mit dem anderer Staaten Lateinamerikas teilt, sind die große Bedeutung der indirekten Steuern und die vielfältigen Steuerbefreiungen zugunsten reicher Eliten. Im Gegensatz zu den OECD-Staaten, wo sich direkte und indirekte Steuern ungefähr die Waage halten, machen in Nicaragua, wie in ganz Lateinamerika, die indirekten Steuern, die die einkommensschwächeren Schichten stärker belasten als die einkommensstarken Schichten, über 60 Prozent der Steuerlast aus. Die Steuerbefreiungen werden in Nicaragua damit begründet, dass bestimmte Wirtschaftszweige gefördert und einheimische und internationale Investoren angelockt werden sollen.<sup>14</sup> Laut einer Studie des Instituts für strategische Studien und öffentliche Politik (IEEPP) machte 2008 die Summe dieser Steuerbefreiungen über 6,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus, oder anders ausge-

drückt, war sie größer als der Anteil, der im Haushalt für Erziehung oder Gesundheit vorgesehen war. Die Beispiele für Steuerbefreiungen sind vielfältig und überraschend. Fiskalisch die größte Bedeutung haben dabei die Steueranreize in der Landwirtschaft, im Tourismus und in den freien Produktionszonen. Landwirt\_innen einschließlich der Großgrundbesitzer\_innen zahlen keine Importzölle, keine Verbrauchs- und keine Umsatzsteuer. Das führt dazu, dass die Landwirtschaft zwar 27 Prozent zum BIP beiträgt, aber nur zwei Prozent zu den Steuereinnahmen. Auch die Tourismusbranche wird massiv gefördert. Investitionen in Hotels, Restaurants, Diskotheken, Spielkasinos usw. sind steuerfrei. Ein Paradies für betuchte Nicaraguaner\_innen: im Tourismus kommen 80 Prozent der Investitionen aus dem Inland, wobei den Investor\_innen zehn Jahre lang bis zu 80 Prozent der Einkommenssteuer erlassen werden. In den freien Produktionszonen ist es noch angenehmer, dort müssen Unternehmer\_innen keinerlei Einkommenssteuer zahlen. Auch davon profitiert die wirtschaftliche Elite des Landes kräftig: im Augenblick sind 40 Prozent der Investitionen in die Maquila einheimisches Kapital.

An der beschriebenen Steuersituation hat es während der Regierungszeit Ortegas einige Änderungen gegeben, die sich zu Gunsten der Bevölkerungsmehrheit auswirken. Die Steuerquote ist zwischen 2006 und 2010 von 17,5 auf 18,8 Prozent gestiegen und im nicaraguanischen Haushalt hat es Mittelumschichtungen gegeben, so dass die Bereiche Erziehung und Gesundheitswesen aufgestockt worden sind. Beide Bereiche, die ungefähr in der gleichen Größenordnung liegen, stiegen von jeweils 11,2 Prozent (des Haushalts) im Jahre 2006 auf ungefähr 14 Prozent im Jahr 2007. Dieser Prozentsatz ist bis heute in etwa gleich geblieben. Die beschriebenen Änderungen haben dabei aber die Privilegien der Besitzenden nicht angetastet.

Bei der Steuerpolitik wie bei der Wirtschaftspolitik zeigt sich, dass die FSLN bisher die Besitzenden schont. Ob es mit der FSLN eine Steuerreform geben wird, die wirklich die Privilegien der Eliten angreift, ob die Steuerbefreiungen tatsächlich kritisch unter die Lupe genommen werden, das ist zumindest im Augenblick offen. Wenn man bedenkt, dass es in der FSLN schon lange einen mächtigen Unternehmerflügel gibt und dass mit dem Geld, das mittels ALBA aus Venezuela nach Nicaragua fließt, eine Vielzahl von Unternehmen gegründet wurden, die alle von der FSLN kontrolliert und von ihren Funktionär\_innen geleitet werden, muss man skeptisch sein. Auch wenn wenig über Unternehmen wie Albanisa, Alba Caruna, Alba Alimentos, Alba Transporte, Alba Eólica usw. bekannt ist, darf man annehmen, dass es dort



inzwischen eine ganze Reihe von gut bezahlten, der FSLN nahe stehenden Menschen gibt, die mit der aktuellen Steuersituation zufrieden sind.

*Spielkasino steuerfrei*

### Das Reförmchen

Eine Stelle, wo unter anderem eine Steuerreform ansetzen müsste, ist das Gesetz zur Steuergerechtigkeit (Nr. 453).<sup>15</sup> Dieses Gesetz wurde 2003 unter der neoliberalen Regierung Bolaños verabschiedet und beschreibt seine Zielsetzung im Artikel 1 unmissverständlich: „Ziel dieses Gesetzes ist es, [...] die den Export behindernden Tendenzen zu verringern, Investitionen zu fördern [...]“. Es ist die Grundlage für die erwähnten Steuerbefreiungen. Anfang Februar dieses Jahres wurde dieses Gesetz tatsächlich reformiert. Anlass waren Klagen der Bevölkerung über Preissteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln Reis und Milch. Die Regierung reagierte schnell und brachte eine Initiative zur Änderung des Gesetzes Nr. 453 in die Nationalversammlung ein, die auch zügig verabschiedet wurde. Nachdem die Initiative von der Regierung damit begründet worden war, dass es um „einige kleine Anpassungen bei den Abgaben, die zu Anreizen bei Reis- und Milchproduktion führen sollten“, gehe, wurde sie in der Presse als „Reförmchen“ bezeichnet. In der Sache wurden zusätzliche Steuererleichterungen für die Unternehmen beschlossen, die Reis und Milch aufkaufen und die Märkte beliefern. Der Unternehmerverband COSEP hatte, verständlicherweise, wieder einmal keine Einwände gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Ortega. Kritiker\_innen dagegen sehen in dem Reförmchen nur eine temporäre minimale Erleichterung für die

Verbraucher\_innen, erkaufte durch „eine dauerhafte Entlastung der Reichsten“.<sup>16</sup> Ganz bestimmt war dieses Reförmchen aber immer noch nicht das, was man sich von einer „guten revolutionären sandinistischen Regierung“ eigentlich erwarten darf. Auf eine Revolution müssen die Nicaraguaner\_innen wohl weiter warten.

- <sup>1</sup> El 19, 11. Oktober 2011 [http://www.el19digital.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=30736&Itemid=28](http://www.el19digital.com/index.php?option=com_content&task=view&id=30736&Itemid=28)
- <sup>2</sup> CEPAL, Nicaragua: Evolución económica durante 2010 y perspectivas para 2011
- <sup>3</sup> El 19, 14. Dezember 2011 [http://www.el19digital.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=33725&Itemid=18](http://www.el19digital.com/index.php?option=com_content&task=view&id=33725&Itemid=18)
- <sup>4</sup> Centro de Trámites de las Exportaciones (CETREX) <http://www.cetrex.gob.ni/website/servicios/princprodu11.jsp>
- <sup>5</sup> ALBA - Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América - Bolivarianische Allianz für die Völker unserer Amerikas
- <sup>6</sup> Zeitschrift *envío*, Mai 2011, Sin cambios estructurales no habrá una reducción sostenible de la pobreza rural <http://www.envio.org.ni/articulo/4336>
- <sup>7</sup> Balance nacional de la gestión ambiental en Nicaragua. 2011. [http://humboldt.org.ni/sites/default/files/BALANCE%20AMBIENTAL%202011\\_0.pdf](http://humboldt.org.ni/sites/default/files/BALANCE%20AMBIENTAL%202011_0.pdf)
- <sup>8</sup> Centro de Trámites de las Exportaciones (CETREX) <http://www.cetrex.gob.ni>
- <sup>9</sup> Presidente Daniel: "Inversiones siguen multiplicándose

en el país" [http://www.el19digital.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=12520:presidente-daniel-inversiones-siguen-multiplicandose-en-el-pais&catid=27:economia&Itemid=18](http://www.el19digital.com/index.php?option=com_content&view=article&id=12520:presidente-daniel-inversiones-siguen-multiplicandose-en-el-pais&catid=27:economia&Itemid=18)

- <sup>10</sup> Centro Humboldt DESMINIC: el enemigo de La Libertad <http://www.humboldt.org.ni/blog/2011/12/02/desminic-el-enemigo-de-la-libertad>
- <sup>11</sup> Wirtschaftsentwicklung Nicaragua 2010, <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=73442.html>
- <sup>12</sup> Unter Steuerquote versteht man in einer Volkswirtschaft das Verhältnis der erhobenen Steuern zum Bruttoinlandsprodukt. Sie ist ein Maß für die staatlichen Möglichkeiten zur Umverteilung.
- <sup>13</sup> Steuern, Subventionen und soziale Ungleichheit in Lateinamerika. Karl-Dieter Hoffmann [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_lateinamerika\\_1007.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_1007.pdf)
- <sup>14</sup> Apuntes sobre exoneraciones fiscales en Nicaragua. Instituto de Estudios Estratégicos y Políticas Públicas (IEEPP) 2010 [http://www.estimacionestributarias.com/archivos/apuntes\\_exoneraciones\\_fiscales\\_nicaragua.pdf](http://www.estimacionestributarias.com/archivos/apuntes_exoneraciones_fiscales_nicaragua.pdf)
- <sup>15</sup> LEY No. 453, Ley de Equidad Fiscal [http://www.dgi.gob.ni/documentos/Ley de Equidad Fiscal Ley No. 453.PDF](http://www.dgi.gob.ni/documentos/Ley%20de%20Equidad%20Fiscal%20Ley%20No.%20453.PDF)
- <sup>16</sup> Confidencial 15/2/2012 <http://www.confidencial.com.ni/articulo/5876/reformita-ldquo-alivia-rdquo-a-los-mas-ricos>

# Diriomito e.V. hört auf

(mw) Nach fast 30 Jahren kontinuierlicher Solidaritätsarbeit mit der Stadt Diriomito in Nicaragua haben die heute noch Aktiven entschieden, ihre Arbeit zu beenden und den Verein aufzulösen. Der Ebersberger Verein war – auch über seine räumliche Nähe zu München – über die gesamte Zeit immer wieder ein Bezugspunkt für Zusammenarbeit, manche Aktivist\_innen des Büros sind über die Ebersberger\_innen gekommen. In diesen Jahrzehnten ist in Nicaragua viel passiert. Vor allem die Abwahl der Sandist\_innen 1990 stellte die Soligruppen vor schwierige Fragen. Grund genug für eine dieser Aktivist\_innen noch einmal zurückzublicken: Im Jahre

1988 habe ich für ein Jahr meine Tätigkeit als Berufsschullehrerin unterbrochen und nicht entgeltlich gearbeitet. Ich wollte nicht mehr Kopfarbeit leisten sondern körperliche, handwerkliche. Nicaragua, die Revolution unterstützen, und dort arbeiten, das wollte ich. Ich erinnerte mich, dass einige meiner vorwiegend mit dem Kopf arbeitenden Freundinnen mit einer Arbeitsbrigade der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unter der Leitung von Rolf Baumann nach Nicaragua gefahren waren, was mich damals sehr beeindruckt hatte. Also rief ich meinen Gewerkschaftskollegen Rolf an und fragte nach weiteren Brigaden. Leider wollte in diesem Jahr seine

Gruppe nicht fahren, und er verwies mich an das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit. Das Büro war Rolf natürlich bekannt, da es ja auch seit 1983 Arbeitsbrigaden nach Nicaragua entsandte.

Das war meine erste Begegnung mit der späteren Nicaragua-Hilfe e.V. Diriomito, der 1988 als Verein eingetragen wurde, aber schon seit 1983 existierte.

Die Idee, eigene Solidaritätsprojekte in Nicaragua auf die Beine zu stellen, kam Rolf Baumann (GEW) und Rosi Kagerer (Friedensinitiative im Landkreis Ebersberg) nach einem der Themenabende in der Wirtschaft in Taglaching in der Nähe von Ebersberg. Das Thema des damaligen Abends: Nicaragua. Als Höhepunkt des Abends zeigte die DGB-Jugend aus München einen Videofilm über den Bau einer Landwirtschaftsschule auf der Inselgruppe Solentiname. Die beiden begannen, in Gewerkschaftskreisen Unterstützung für die sandinistische Revolution zu organisieren und schafften es, die GEW auf Landkreisebene zu überzeugen. Das war im Jahr 1983. Über das DGB-Ortskartell in Dietzenbach bekamen sie eine Liste mit verschiedenen Projektvorschlägen (Das DGB-Ortskartell Dietzenbach war damals Ansprechpartner für gewerkschaftliche Nicaraguaprojekte. Es hatte bereits 1979 Kontakte zum revolutionären Nicaragua geknüpft und übernahm bereits 1980 eine Patenschaft für die Stadt Masaya. Die Gewerkschaftsgruppe konstituierte sich 1981 als eingetragener Verein „Monimbó“). Sie entschieden sich für das kleinste Projekt für den Landkreis Ebersberg: einen Schulerweiterungsbau in Diriomito. Über dieses Projekt entstand der Kontakt zur Gemeinde Diriomito. Später kamen Wasserleitungs-, Wohnbau- und Rinderzuchtprojekte, Unterstützung von Alphabetisierungskampagnen, Hurricanopfern, Behindertenbetreuung, Unterstützung von INPRHU (Organisation selbstverwalteter Straßenkinder), Frauenprojekten, Ausbildung von Jugendlichen u.v.m. hinzu. Projektarbeit stand immer im Mittelpunkt. Fragen, die sich stets stellten, waren: Was ist ein gutes Projekt (politisch sinnvoll), wie kann man erreichen, dass es gut läuft (Mittelbeschaffung, fachmännische Unterstützung vor Ort, Kontrolle)?

Nach der Wahlniederlage der Sandinist\_innen 1990 tauchten für den Verein viele neue Fragen auf: Welche Rolle spielen wir jetzt? Hätte unsere Spendenpraxis sich ohnehin verändern müssen? Können wir unsere Rolle als Spendengeber\_innen plötzlich aufgeben? Die Aktiven entschieden, weiter zu machen – aufgrund der guten persönlichen Kontakte und mit überzeugenden Projekten.

Seit mittlerweile 28 Jahren sammelte der Verein Gelder und die Mitglieder des Vereins versuchten, diese nach bestem Wissen und Gewissen sinnvoll einzusetzen. Sie fuhren in Gruppen oder alleine immer wieder nach Nicaragua, schickten Praktikant\_innen für Zeiträume bis zu einem Jahr. Sicherlich wechselten auch im Verein die Aktiven, sei es aus persönlichen oder beruflichen Gründen, auch inhaltliche Bezüge zur Solidaritätsarbeit veränderten sich oder gingen verloren. Viele von den Aktiven waren das letzte Mal in den 1990er Jahren in Nicaragua. Die Mittelbeschaffung wurde immer schwieriger und die Projekte wuchsen wegen eigener Ansprüche und Ambitionen über den Kopf. Aber in all den Jahren haben ca. sieben Leute kontinuierlich weiter gearbeitet.

Der Verein verstand sich aber nicht nur als Spendensammler, sondern hatte auch immer großes Interesse, hierzulande Informationen weiterzugeben, was ihnen durch viele große Veranstaltungen auch immer wieder gelang.

Wir vom Ökumenischen Büro hatten immer wieder Berührungspunkte, seien es gemeinsame politische Veranstaltungen, gemeinsame Brigadepreparierungen oder Erfahrungsaustausch – sowohl hier als auch in Nicaragua.

Schade, dass so ein Verein mit so einer langen Erfahrung in der Nica-Arbeit wegfällt. Wir bedauern es sehr und danken den Aktiven für die gemeinsame Zeit.

Das noch übrige Geld geht an Medico und an „pan y arte“(<http://www.panyarte.de>).



# Wir kämpfen darum, Leben zu erhalten

## Interview mit dem LGBT-Aktivisten Fernando Reyes aus Honduras

Im Herbst 2011 reiste Fernando Reyes mit seinem Dokumentarfilm „En mis Tacones“ (Auf meinen Highheels) durch mehrere Städte in Deutschland und Österreich. Die 30-minütige Dokumentation zeigt das Leben von Transsexuellen in Honduras nach dem Putsch vom 28. Juni 2009, ihren Alltag zwischen Diskriminierung und eigener Identitätsfindung, die Sexarbeit als Überlebensstrategie und schließlich die zahlreichen Morde an Mitgliedern der Community. Als wichtiger Teil des Widerstands gegen den Putsch ist die LGBT-Bewegung von der repressiven Situation in Honduras besonders betroffen: In der zunehmend militarisierten Gesellschaft werden Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle immer häufiger zu Opfern der Staatsgewalt.

*Kannst du uns etwas über deinen Film erzählen? Wovon handelt er?*

Der Film *En mis Tacones* versucht, die Lebensrealität der Transsexuellen in Honduras heute nach dem Staatsstreich zu zeigen. Eine Realität, die es so schon immer gab, die aber mit dem Staatsstreich sehr viel verletzlicher geworden ist. Der Film zeigt das Leben von Menschen aus Tegucigalpa, San Pedro Sula und El Progreso und wie es immer schwerer für sie geworden ist, in Honduras ein normales Leben zu führen, weil sie das sind, was sie sind: Transsexuelle.

*Gab es für den Film einen besonderen Anlass?*

Ja. Das entscheidende Motiv für diesen Film war die zunehmende Zahl der Hassverbrechen an Trans-



sexuellen nach dem Putsch vom Juni 2009. In den Jahren davor verzeichnete die Statistik ungefähr vier Morde an Transsexuellen im Jahr. Diese Zahl stieg in den ersten sechs Monaten nach dem Staatsstreich deutlich an. Das hat uns in der LGBT-Szene alarmiert und davon überzeugt, dass wir darauf reagieren müssen. Der Dokumentarfilm will genau das zeigen: dass die Hassverbrechen gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe zugenommen haben.

*Kannst du uns etwas vom Alltag der LGBT-Personen in Honduras erzählen?*

Da gibt es große Unterschiede. Es ist wesentlich einfacher, schwul zu sein als transsexuell. Alles hängt davon ab, wie du deine Geschlechtszugehörigkeit darstellst. Eine feminine Transsexuelle hat deutlich mehr Probleme als ein maskuliner Schwuler. Das hängt damit zusammen, dass es in unserer Geschichte schon immer die Ablehnung des Weiblichen durch den Machismus gegeben hat. Deshalb werden Personen, die nicht in die herrschende Norm passen, im Arbeitsleben, im Ausbildungssystem usw. abgelehnt. Die Verwundbarsten innerhalb der LGBT-Bewegung sind deshalb die Transsexuellen. Sie haben in Honduras die größten Probleme in ihrem sozialen Umfeld. Sie haben Probleme in der Schule, eine „normale“ Arbeit zu finden, Orte zu finden, wo sie wohnen können und beim Zugang zur Sozialversicherung. Dies ist so, weil ihr Anderssein so deutlich sichtbar ist, daher die starke Ablehnung. Ich als Schwuler z. B. werde in dem Umfeld, wo ich lebe, lange nicht so abgelehnt wie eine Transsexuelle. Ich kann aber trotzdem nicht in Tegucigalpa Hand in Hand mit einem Mann auf der Straße gehen. Lesben haben da sehr viel mehr Freiheiten. In unserer Kultur gilt es als „normaler“, dass zwei Frauen sich an den Händen halten, als wenn dies zwei Männer tun.

Wie gesagt, es gibt Unterschiede. Das Leben ist nicht einfach, aber ein Schwuler, der einen sicheren Rückhalt hat, wie Freunde und eine gute Ausbildung, kann Räume finden, in denen er bis zu einem gewissen Grad ein normales Leben führen kann. Aber für eine Transsexuelle ist das fast unmöglich. Den meisten von ihnen bleibt keine andere Möglichkeit als die Sexarbeit. Das ist ihre einzige Überlebensemöglichkeit. Hier schlägt ihnen keine Ablehnung entgegen, denn sie leben ja auf der Straße.

*Das heißt, auf der Straße werden sie akzeptiert?*

Ja, so ungefähr. Es ist seltsam, aber es existiert so etwas wie die Überzeugung, dass die Transsexuellen auf die Straße gehören, was selbstverständlich ein Irrtum ist. Letztendlich ist es in Honduras praktisch unmöglich, eine Transsexuelle zu finden, die in einem Büro

arbeitet. Noch viel weniger findet man sie in einer Maquila, in einem Laden oder als Straßenhändlerin in einer Busstation. Einige wenige können als Aktivist\_innen arbeiten<sup>1</sup>, was sehr schwer ist, oder eben auf der Straße. Aber das Leben dort ist sehr gefährlich. Sie werden in viele konfliktive Situationen hineingezogen. Auf der Straße gibt es Waffen, Drogen und gefährliche Menschen, was sie in den Teufelskreis der Gewalt bringt. Und am Ende stehen die Hassverbrechen. Die Täter bei diesen Verbrechen sind meistens Männer, homophobe Männer. Unter ihnen sind viele Polizisten und Angehörige des Militärs.

*Stimmt unser Eindruck, dass die Morde an Transsexuellen mit besonderer Grausamkeit verübt werden?*

Das ist richtig.

*Kannst du das erklären?*

Natürlich. Es geht um Machismus und alles, was dazu gehört: die Misshandlung der Frau, die Gewalt, das Unvermögen, eine einfühlsame Person zu sein, die Unfähigkeit, andere zu verstehen. Das alles führt dazu, dass das Leben dieser Männer völlig von Gewalt dominiert ist. Das sind Dinge, mit denen ich mich in den letzten Jahren intensiv beschäftigt habe. Der Machismus oder besser die Misogynie baut darauf auf, alles abzulehnen, was weiblich ist. Der machistische Mann glaubt, dass jemand, der Mann war und jetzt Frau sein will, sein Privileg, Mann zu sein, angreift. Und das ist etwas Unverzeihliches. Denn wenn du die Männlichkeit zurückweist, greifst du letztendlich seine Kraft, seine Macht an, seine machistische Identität. Wegen dieses Wechsels der Transsexuellen zur Weiblichkeit begehen machistische Männer Verbrechen, die so gewalttätig und grausam sind, weil sie im Moment des Tötens einen unvergleichlichen Hass spüren. Daher geschehen Vergewaltigungen, gibt es Opfer, die von Pfählen durchbohrt worden sind, mit Kopfschüssen exekutiert wurden, denen man die Köpfe abgeschnitten hat, die verbrannt worden sind. Da passieren unglaublich schreckliche Dinge. Schrecklich, wirklich schrecklich. In den Köpfen dieser Leute ..., nein ich weiß nicht, was in ihren Köpfen vorgeht. Ich kann es mir nicht vorstellen. Aber sie tun diese Dinge.

*Und wie werden diese Morde in der Öffentlichkeit dargestellt?*

Die Skandalblätter, von denen es in Honduras viele gibt, berichten selbstverständlich darüber, denn dadurch halten sie die Opposition und die Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft, die rebellieren könnten, unter Kontrolle. Und das funktioniert auch.

## Honduras

### *Auch bei dir?*

Zumindest habe ich Freunde, die jetzt wesentlich mehr Angst haben, nachdem diese Dinge veröffentlicht wurden. Hier ein Beispiel, wie so etwas funktioniert: In Honduras ist es bei den erwähnten Zeitungen üblich, von der Top-Nachricht des Tages Extraseiten zu erstellen, groß und in Farbe und mit riesigen roten Buchstaben, so wie es hier die Bild-Zeitung macht. Diese Extraseiten plakatieren sie überall in der Stadt. Fast immer geht es dabei um einen Mord. Auf einer der eindrucksvollsten Seiten, die ich gesehen habe, war zu lesen: „Schwuler lebendig verbrannt“. Dazu ein Foto der verbrannten Person, ein völlig verkohlter Leichnam. Das war alles. Und du gehst durch die Stadt und siehst das Plakat dort, dort und dort, immer wieder. Und du gehst und denkst, was ist das für ein schreckliches Land, wo jemand lebendig verbrannt wird, ein Schwuler. Danach wird kein Schwuler es wagen, öffentlich zu sagen, dass er schwul ist, noch viel weniger sich dazu entschließen, engagierter Aktivist zu werden, um sich für die Menschenrechte

die die Honduraner\_innen verteidigen will, so etwas gibt es nicht. Dazu kommt, dass der Tatbestand Feminizid noch nicht einmal in Betracht gezogen wird. Weder den Terminus Feminizid noch den Terminus Hassverbrechen gibt es in der honduranischen Rechtsprechung. Infolgedessen ist es unmöglich zu thematisieren, dass eine Frau, weil sie Frau ist, oder eine Transsexuelle, weil sie Transsexuelle ist, umgebracht werden. Und was man nicht thematisieren kann, kann man auch nicht untersuchen. Von den 54 Fällen aus dem Bereich der LGBT-Bewegung, die ich aus den letzten Jahren kenne, sind nur drei gelöst worden. Ich war selbst bei einem Fall dabei, in dem ein Polizist angeklagt war, der einer Transsexuellen 17 Messerstiche versetzt hatte. Das Opfer hat überlebt. Es hat drei Jahre gedauert, den Mann anzuklagen und zu versuchen, seine Schuld zu beweisen. Letztendlich ist es gelungen, er sitzt jetzt im Gefängnis. Aber um den Fall herum passierten viele merkwürdige Sachen, Zeugen wurden ermordet, Leute waren gezwungen, ins Ausland ins Exil zu gehen, andere, die mit dem Fall



*Film „En mis Tacones“ (Auf meinen Highheels)*

der LGBT-Bewegung einzusetzen. Und natürlich schafft und fördert so etwas auch den Hass, so dass die Leute sagen: Es ist o. k., dass diese schwulen Säue verbrannt werden, schließlich sind sie ja keine Kinder Gottes, selbst schuld, wenn sie so leben. Solche Äußerungen habe ich selbst gehört.

*Wie sieht die Strafverfolgung dieser Morde aus? Werden die Täter verurteilt?*

Der Justizapparat in Honduras ist total ineffizient. Eine Struktur, die transparent Verbrechen untersucht,

zu tun hatten, bekamen Morddrohungen. Schrecklich. Einschließlich der Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte eine der staatlichen Institutionen ist, die finanziell am schlechtesten gestellt sind.

*Kannst Du uns erklären, warum sich die Situation nach dem Putsch 2009 so entwickelt hat?*

Die Rechte bekämpft die sexuelle Vielfalt seit vielen Jahren heftig. In vorderster Linie steht die katholische Kirche mit ihrem Diskurs, dass die Transsexuellen Kin-



*Demonstration in Tegucigalpa anlässlich des ersten Jahrestages der Ermordung des HIV/AIDS- und Widerstandsaktivisten Walter Trochez*

der des Satans seien und in die Hölle kommen werden. Konservative haben groß angelegte Kampagnen geführt, um zu erreichen, dass sich bei den jungen Menschen keine Toleranz gegenüber den „Anderen“ entwickelt. Ein Beispiel dafür ist das Konzert, das der Musiker Ricky Martin vor kurzem in Tegucigalpa geben wollte. Viele religiöse Gruppen opponierten dagegen, weil er in Begleitung seines Ehemannes kommen wollte. Der Widerstand dieser Gruppen war sehr energisch: Wir wollen nicht, dass ein Homosexueller ein Konzert in Honduras macht, denn dadurch wird sich die Homosexualität in Honduras ausbreiten und unsere Jugendlichen, – die natürlich alle heterosexuell sind –, werden Schwule. So etwas glaubt die Rechte in Honduras wirklich. Das Thema machte viel Wirbel, ging durch alle Zeitungen und es gab Kampagnen von Repräsentanten des Staates: Dass er unmöglich einreisen könne, weil das ein „Attentat“ auf das traditionelle Familienbild sei. Solche Kampagnen laufen seit vielen Jahren und haben ihre Wirkung in den Köpfen der Menschen. Ich bin der Meinung, dass sie die Ursache sind für etwas, das man soziale Säuberung nennen muss. Wir haben hier das Beispiel einer perfekt inszenierten staatlichen Strategie, die es genau so in fast allen Staaten gibt: Ein Ideal, wie die Menschen sein sollten, wird propagiert und alles, was davon abweicht, wird absolut zurückgewiesen. Die Ablehnung und der Hass werden über Jahre geschürt und führen zu dem Wunsch nach sozialen Säuberungen, die von verbalen Aggressionen über körperliche Aggressionen und Morddrohungen zu Hassverbrechen gehen. Es existiert eine Linie, die von der Ablehnung zum Hassverbrechen führt. Die Leute sagen sich, ich lehne dies ab und wissen dabei, dass der Staat ihre Ablehnung teilt und ihnen erlaubt, dieses abgelehnte Leben anzugreifen. Sie sagen, wir wollen dies nicht sehen, wir wollen in unserer Stadt keine Transsexuellen auf den Straßen, denn wir befürchten, dass dadurch unsere Kinder zu dem werden, was wir

ablehnen. So geht das, es ist perfekt inszeniert und wird von vielen geglaubt.

*Gab es nach dem Staatsstreich 2009 neben der deutlichen Zunahme von Gewalt, die ja nicht nur gegen Transsexuelle, sondern auch gegen andere Gruppen der Widerstandsbewegung gegen den Putsch gerichtet ist, auch noch andere Veränderungen für die LGBT-Bewegung in Honduras?*

In der Vergangenheit bestand in Honduras eine eigenartige Differenzierung zwischen sozialen und politischen Bewegungen. Viele Jahre lang war die LGBT-Gemeinschaft eine soziale Bewegung, obwohl sie als solche nie anerkannt wurde. Sie war eine besondere, unabhängige Gruppe, die lange Jahre ohne die Anerkennung der anderen sozialen Bewegungen gearbeitet hat, bis es zu dem Staatsstreich kam und sich der Widerstand bildete. Die LGBT-Gemeinschaft integrierte sich daraufhin energisch in die soziale Bewegung. Man könnte dies als einen Erfolg des Staatsstreichs bezeichnen, dass indigene Gruppen, Gruppen mit afrikanischen Vorfahren und Feministinnen akzeptierten, dass die LGBT-Gruppen auch ein wichtiger Teil der verwundbaren Gruppen Honduras sind. In diesem Augenblick der Anerkennung als Teil der sozialen Bewegung überschritten wir auch die Linie zum Politischen und stellten fest, dass es in anderen sehr viel stärker politisierten Bereichen wichtige Interessen zur Unterstützung der LGBT-Bewegung gibt.

Vor dem Staatsstreich richtete sich das Interesse der LBGT-Gemeinschaft darauf, die Anerkennung ihrer Organisationen zu erreichen und in der Zukunft in irgendeiner Form zur gleichgeschlechtlichen Ehe oder etwas ähnlichem zu gelangen. Heute geht es der LBGT-Bewegung in Honduras nicht mehr vor allem darum, heute kämpfen wir darum, am Leben zu bleiben. Die Entwicklung ist traurig: nicht mehr für die Ehe zu kämpfen, sondern sich gegen die eigene Vernichtung stemmen zu müssen. Viele unserer Organi-

sationen sahen sich dazu gezwungen, jetzt politischer zu werden und die anderen Ziele zurück zu stellen. *Wir haben verstanden, dass ihr ein Teil der Widerstandsbewegung gegen den Putsch seid. Wie sieht die Arbeit von LGBT-Personen innerhalb der Resistencia aus?*

Zuerst einmal: nicht alle LGBT-Gruppen sind bei der Resistencia dabei, aber ein großer Teil. Unsere Arbeit hat angefangen wie bei allen, wir sind zu den Demonstrationen gegangen, wir waren Teil des allgemeinen Widerstandes. Aber mit der Zeit wurde uns klar, dass demonstrieren allein nicht reicht und wir begannen, uns zu organisieren. Ein Freund und ich gründeten ein Kollektiv mit dem Namen *Movimiento de Diversidad en Resistencia*. (Bewegung der Verschiedenheit im Widerstand; MDR). Ich bin dort nicht mehr Mitglied, da ich mich inzwischen der Linie der *Artistas en Resistencia* (Künstler\_innen im Widerstand) angenähert habe und bei denen mitmache. Außerdem galt mein persönliches Interesse immer mehr der Basisarbeit. Unabhängige Arbeit ist mir wichtiger als Gremienarbeit. Aber ich weiß, dass das Kollektiv MDR weiterhin sehr gut funktioniert.

Für die Resistencia ist die LGBT-Bewegung wesentlich und umgekehrt gilt dies genauso. Wenn man heute auf eine Versammlung geht, stellt man zwar nicht fest, dass eine völlige Offenheit besteht, denn das Thema des Machismus ist Teil unserer Kultur und kann nicht verschwinden, nur weil man sich der Resistencia anschließt. Aber man kann feststellen, dass viele sich inzwischen Mühe geben, toleranter zu sein. Das bedeutet noch nicht, sich zu respektieren, denn das wäre eine Ebene der Akzeptanz, die sehr viel weiter geht. Allmählich entwickelt sich aber das Bewusstsein, dass man die anderen eigentlich respektieren müsste. Einige Dinge haben sich geändert. Zum Beispiel schrieben früher die Aktivist\_innen der Resistencia immer an die Wände „cardenal culero“ (Kardinal, du schwule Sau). Culero ist bei uns ein hässliches Schimpfwort für einen Schwulen. Die Arbeit der LGBT-Bewegung innerhalb der Resistencia war es, zu sagen: Moment mal, dieses Wort verwendet ihr bitte nicht mehr. Denn wir gehören zur Resistencia und demonstrieren mit euch zusammen und dieses Wort stinkt uns. Und viele Gruppen haben kapiert, dass sie das Wort „culero“ nicht mehr gebrauchen dürfen, dass sie wesentlich toleranter sein müssen und dass es die Wertvorstellungen der Resistencia nicht erlauben, über andere zu lachen, weil er/sie so ist, wie er/sie ist. Das ist ein unschätzbare Gewinn. Denn es sind wirklich viele Menschen, die das lernen. Das heißt, wir haben in zwei Jahren das gelernt, wozu viele Länder sehr viel länger gebraucht haben.

*Nochmal zurück zu deinem Film. Welche politischen Hoffnungen verbindest du mit diesem Film?*

Den Film habe ich auf jeden Fall nicht gemacht, um reich oder berühmt zu werden. Ich lebe in meinem Städtchen, mache meine Arbeit als Arzt und das war's. Meine Absicht mit dem Film war es, den Menschen zu zeigen, dass es auch eine hässliche Realität gibt, in der andere Menschen – ihre Nachbarn – leben, die sie sich nicht vorstellen können. Es gibt in Honduras ein großes Interesse an dem Film und die Reaktionen waren superpositiv. Von sehr vielen weiß ich via Facebook, dass sie den Film gesehen haben. Und wenn die Leute sich den Film ansehen, dann heißt das, dass sie sich für das Thema interessieren. Das ist für uns ein großer Erfolg, dass man einen Film mit solch einer Wirkung mit so wenig Geld machen kann (200 US-Dollar). Das ist sehr motivierend, dass solche unabhängigen Produktionen in so einer Qualität möglich sind.

*Wird der Film weiterhin gezeigt?*

Jetzt ist es ein Jahr her, dass der Film zum ersten Mal gezeigt wurde. Er wird daher nicht mehr so oft gezeigt wie früher. Die meisten sehen ihn über das Internet auf Youtube oder in Vorführungen innerhalb von Organisationen. Dafür ist der Film auch gemacht worden: Nicht für's Publikum oder für Festivals, sondern um ihn kostenlos in der LGBT-Bewegung und der Resistencia zu zeigen, im Rahmen der Beschäftigung mit den Menschenrechten am Beispiel der Transsexualität. Das ist mein Beitrag zum Widerstand, und inzwischen kann ich sagen, dass alle Menschen, die mir in Honduras wichtig sind, ihn gesehen haben.

*Damit sind wir beim Schluss. Gibt es noch etwas, was dir wichtig ist zu sagen?*

Ich weiß nicht. Jedenfalls bin ich voller Hoffnung. Vor dem Staatsstreich war das Leben sehr viel langweiliger. Wie die Mehrheit in Honduras glaube ich, dass der Staatsstreich etwas Schreckliches war, mit den Verbrechen, den politischen Verfolgungen, den Vertreibungen ins Exil. Aber vorher hat meine Generation nicht gelebt. Der Staatsstreich hat uns auch erlaubt, unser Leben zu ändern, uns neu zu orientieren und uns bewusst zu werden, dass wir lebendig sind, dass Honduras lebendig ist.

*Vielen Dank für das Gespräch.*

*Zara Pfeiffer und Eberhard Albrecht,  
München, 7. November 2011*

<sup>1</sup> *Fernando Reyes meint hier die ganz wenigen Personen, die in Organisationen, die sich mit dem Thema LGBT beschäftigen, einen bezahlten Job gefunden haben.*

# Bayern gegen Extremismus

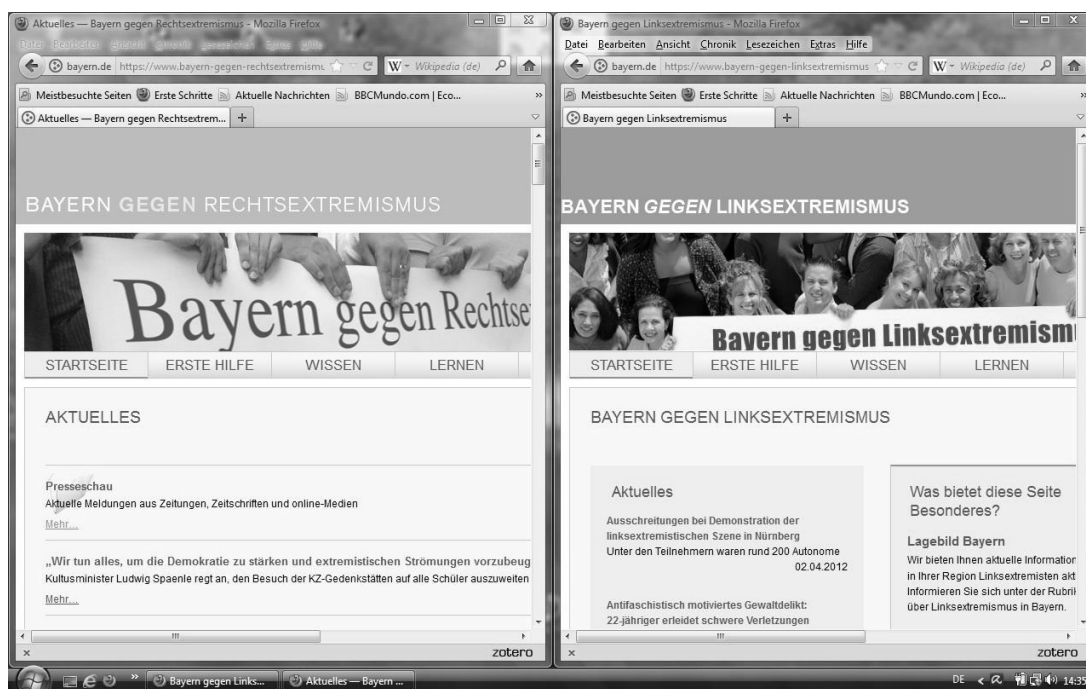
Ein Artikel von Lena Roth

Seit fast drei Jahren existiert das Internetportal „Bayern gegen Rechtsextremismus“, dessen erklärtes Ziel es ist, über Rechtsextremismus aufzuklären. Im vergangenen Jahr ist von der Bayerischen Staatsregierung ein optisch identisches Portal „gegen Linksextremismus“ freigeschaltet worden. Mit den beiden Internetportalen wird die Relativierung der extremen Rechten durch die Gleichsetzung mit einem nicht genauer definierten „Linksextremismus“, die Familienministerin Schröder auf Bundesebene betreibt, nun auch in Bayern konsequent umgesetzt. Interessanterweise erhält der Bayerische Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang sogar einen Bildungsauftrag.

Die Internetplattform „Bayern gegen Linksextremismus“, ein Gemeinschaftsprojekt des Bayeri-

schen Innen- und Kultusministeriums, richtet sich „an alle, die sich pädagogisch, politisch und persönlich mit dem Linksextremismus auseinandersetzen wollen.“

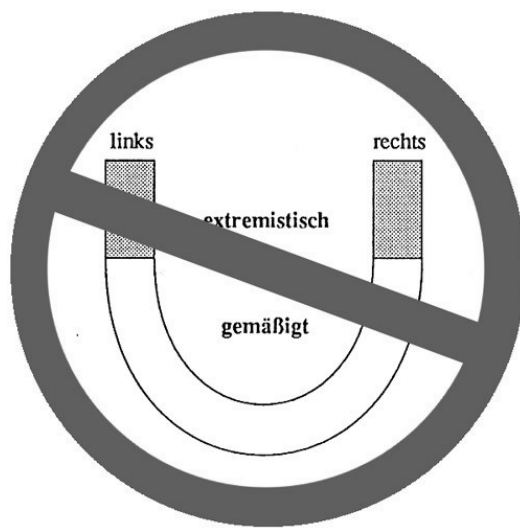
Betrieben wird das Portal, das in die Rubriken „Erste Hilfe, Wissen und Lernen“ aufgeteilt ist, von der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Letztere darf sich dabei jedoch lediglich noch um den Inhalt der Rubrik „Lernen“ kümmern. Alle anderen Inhalte bestimmt die BIGE, die dem Bayerischen Verfassungsschutz angegliedert ist. Sie wurde 2009 durch das von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ ins Leben gerufen und soll



Karl-Heinz  
lernt Extremismus.

das Bindeglied zwischen Verfassungsschutz und Gesellschaft darstellen. Sie bietet Bürger\_innen ein Beratungsangebot rund um das Thema „Extremismus“. Eltern und Lehrkräfte können sich an sie wenden, wenn ein Kind „extremistische Positionen“ – im Sinne der BIGE – entwickelt und die Bürger\_innen können „extremistische Vorfälle“ melden. Dass ein solches Beratungs- und Bildungsangebot einer Institution obliegt, die dem Verfassungsschutz, einem staatlichen Überwachungsorgan, untersteht, ist jedoch mehr als fragwürdig.

Über die inhaltlichen Verantwortung für die Gestaltung des Internetportals „Bayern gegen Links-



extremismus“ erhält die BIGE die Deutungshoheit darüber, wer als „linksextrem“ zu gelten hat, wie sich so genannte Linksextreme kleiden, welche Szenecodes als relevant angesehen werden und welche Parteien und Organisationen die Bürger\_innen als „linksextremistisch“ zu betrachten haben. Eine Definition davon, was unter dem Begriff „Linksextremismus“ zu verstehen ist, wird jedoch nicht geboten. Auf der Startseite heißt es lediglich: „Die Bayerische Staatsregierung bekämpft jede Form des politischen Extremismus. Wer sich gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wendet, muss klare Grenzen aufgezeigt bekommen. Unsere Botschaft lautet: Nein zum Linksextremismus.“

In der Rubrik „Wissen“, die „Hintergrundinformationen gegen Linksextremismus“ liefern möchte, werden unter dem Punkt „Ideologien“ verschiedene sozialistische Strömungen präsentiert und als „linksextremistisch“ dargestellt. So gilt beispielsweise der Marxismus, eine ökonomische Theorie, auf die sich unter

anderem die Entstehung der Arbeiter\_innenbewegung zurückführen lässt, für die BIGE als „linksextrem“.

In der selben Rubrik erfahren die Leser\_innen unter dem Punkt „Strategien“ dann, welche Parteien und politischen Organisationen als „linksextremistisch“ zu bewerten seien. Außerdem gibt es Informationen, an wen man sich wenden kann, wenn man es an der Schule, Uni oder der Kommune mit „Linksextremist\_innen“ zu tun hat und wie man erkennt, ob sein Kind in die „linksextremistische Szene“ abrutscht.

Statistiken über „linksextreme Gewalt“ sowie eine interaktive Landkarte, auf der so genannte linksextreme Gruppen und Straftaten verortet werden, sind ebenfalls im Angebot.

Zudem glänzt das Internetportal mit fragwürdigen Analysen zur aktuellen Entwicklung des „Linksextremismus“: Unter dem Punkt „Aktuelles“ wird auf der Startseite von einer Faschingsveranstaltung berichtet, bei der es „offensichtlich zu einem antifaschistisch motivierten Gewaltdelikt kam. Zwei junge Männer aus dem Landkreis Coburg gerieten zunächst verbal aneinander. Ein 22-jähriger provozierte mit rechtsextremistischen Grußformeln. In der Folge schlug der 21-jährige Täter seinem Gegner mehrmals gegen den Kopf.“

Die BIGE bewertet diese Auseinandersetzung folgendermaßen: „Gewaltbereite Antifaschisten halten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten auch Gewalttaten für legitim. Nach dem Motto ‘Schlagt die Nazis, wo ihr sie trifft!’ wird teilweise offen zur Gewaltanwendung aufgerufen. Selbstjustiz wird damit für legitim erklärt, Rechtsstaat und staatliches Gewaltmonopol werden bewusst missachtet. Seit Bekanntwerden der rechtsterroristischen Mordserie des ‘Nationalsozialistischen Untergrunds’ (NSU) ist eine Zunahme der Rechts-Links-Auseinandersetzungen festzustellen. Die Schwelle zur Gewaltanwendung ist auf beiden Seiten gesunken.“

Die Analyse der BIGE ist rein spekulativ. Auf der Grundlage eines Einzelfalles konstruiert sie eine allgemein gültige Aussage und folgt damit ihrer eigenen Logik: Wenn jemand in Konflikt mit Neonazis gerät und es dabei zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt, kann es sich nur um einen „Linksextremisten“ handeln.

Die Intention, die die BIGE mit dem Internetportal verfolgt, als Panikmache abzutun, wäre zu kurz gegriffen. Es geht um die Spaltung von Bündnissen, die ge-

gen den Neonazismus und für eine fortschrittliche Politik im Sinne gerechterer sozialer Verhältnisse eintreten. Zu diesem Zweck werden politische Gruppen kriminalisiert. So heißt es in der Rubrik „Wissen“ unter dem Punkt „Die Rolle der Polizei bei Versammlungen“ zunächst:

„Die Versammlungsfreiheit ist durch das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung besonders geschützt. Das bedeutet, dass Versammlungsteilnehmer - egal welcher politischen Überzeugung - ihre Meinung frei, aber friedlich äußern können.“ Im nächsten Absatz heißt es dann: „Gewaltbereite Autonome treten insbesondere bei Veranstaltungen auf, bei denen es um Themen wie ‘Kampf gegen Rechtsextremismus’, ‘Sozialabbau’ und ‘Bildungsstreik’ geht. Die Zielsetzung der Linksextremisten unterscheidet sich dabei allerdings grundsätzlich von der der demokratisch und friedlich Engagierten. Linksextremisten sehen ihre Aktivitäten als Teil ihres Kampfs zur grundlegenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Für diese Ziele wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit missbraucht.“

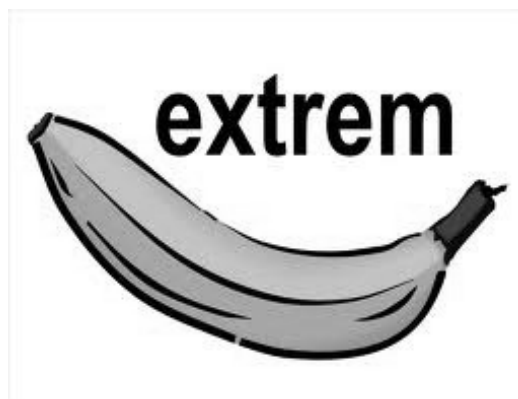
Was genau als „gewaltbereit“ gewertet wird, bleibt zwar offen, lässt sich aber anhand der weiteren Ausführungen der BIGE erahnen: „Versucht jemand oder eine Gruppe, eine genehmigte Versammlung zu stören oder sogar mit Gewalt zu verhindern, muss die Polizei einschreiten - egal von wem die Störungen ausgehen. In diesem Fall muss die Polizei die genehmigte Versammlung schützen, damit das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gewahrt bleibt [...]. Distanzieren Sie sich klar von allen, die Demonstrationen und öffentliche Versammlungen für gewalttätige Aktionen missbrauchen wollen.“ Der Logik dieser Argumentation folgend müssten alle Menschen, die sich beispielsweise an Blockaden gegen Naziaufmärsche beteiligen, als gewaltbereite Autonome eingestuft werden. Blockaden sind jedoch als legitimes Mittel des zivilen Ungehorsams anerkannt.

Auch das Streben nach einer Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse als „linksextremistisch“ zu bezeichnen und damit fortschrittlichen Menschen, die für eine andere Gesellschaft eintreten, zu kriminalisieren, lässt Zweifel am Demokratieverständnis des Bayerischen Verfassungsschutzes aufkommen.

Abgesehen davon, dass es völlig legitim ist, die sozialen Verhältnisse eines Landes in Frage zu stellen, verfolgen auch diejenigen, die von der BIGE als „demokratisch und friedlich Engagierte“ bezeichnet werden, das Ziel, durch ihr Engagement gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern. Gerade für die Bekämpfung

des Neonazismus bedarf es breiter Bündnisse von Parteien und anderen politischen Organisationen, um eine möglichst hohe Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung zu erreichen und möglichst viele Menschen mobilisieren zu können. Eine Spaltung in „friedliche Demokrat\_innen“ und „gewaltbereite Autonome“ wirkt hier kontraproduktiv und ist zudem stark ideologisch geprägt.

In der Rhetorik der BIGE werden Links- und Rechtsextremismus gleichgesetzt. Sie betont, alle Formen des Extremismus bekämpfen zu wollen. Noch deutlicher wird die Gleichsetzung, wenn man die beiden Informationsportale „Bayern gegen Linksextremismus“ und „Bayern gegen Rechtsextremismus“ vergleicht. Beide Internetseiten sind nicht nur optisch gleich aufgebaut, sondern stimmen in ihrer inhaltlichen Konzeption und der Unterteilung in die Rubriken „Erste Hilfe, Wissen, Lernen“ überein. Der Extremismusbegriff, der auf der Annahme basiert, dass es eine demokratische Mitte gäbe, von der Links- und Rechtsextreme abweichen, ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung höchst umstritten. Viele Wissenschaftler\_innen lehnen ihn als Instrument zur Pauschalisierung von politischen Meinungen ab.<sup>1</sup> Linke Utopien werden dabei mit extrem rechten Ideologien inhaltlich gleichgesetzt. Die Gleichsetzung linker Proteste – wie die gegen Sozialabbau oder linke Kritik am globalen Kapitalismus – mit rechten Ideolo-



gien, die auf Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus gründen, verharmlost die politischen Inhalte der extremen Rechten. Diese Verharmlosung des Neonazismus ist in Anbetracht der im Herbst 2011 bekannt gewordenen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) besonders perfide.

Die Verschiebung der politischen Ausrichtung von der Aufklärung gegen Rechts zum Bekämpfen von „Extremismus“ in Bayern zeigt sich nicht nur in der Gestaltung der beiden Portale, sondern auch in der Verän-



derung der institutionellen Zuständigkeiten. Ursprünglich war das Internetportal „Bayern gegen Rechtsextremismus“ eine Idee und ein alleiniges Projekt der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Die grafische und technische Gestaltung sowie das Gerüst für die inhaltliche Umsetzung standen bereits 2008 fest. Ende 2008 begann die inhaltliche Bearbeitung und die Suche nach geeigneten Materialien und Ansprechpartner\_innen, um die Seiten mit konkreten Inhalten zu füllen.

Parallel dazu verabschiedete im Januar 2009 der Ministerrat das „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“. Darin wurde u.a. die Einrichtung eines Internetportals „Bayern gegen Rechtsextremismus“ beschlossen – unabhängig davon, dass die Landeszentrale bereit ein solches Portal nahezu fertig konzipiert hatte. Das „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ sah vor, dass in diesem neuen Portal unter anderem Informationen zu rechtsextremistischer Kleidung und Info-Broschüren für Schulen und Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Die Verantwortung für dieses Webportal wurde der – ebenfalls durch das Handlungskonzept – neu geschaffenen Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) übergeben.

Die Landeszentrale wurde zwar noch mit einbezogen, sie sollte jedoch lediglich Materialien zur Bildungsarbeit, für Schulen, für die Vernetzung der bayerischen Akteur\_innen, für lokale Ansprechpartner\_innen und für Multiplikator\_innen anbieten. Die inhaltliche Gestaltung der Kategorien „Erste Hilfe“ und „Wissen“, die von der Landeszentrale bereits entwickelt worden waren, wurde dann der BIGE übertragen. Der Tätigkeitsbereich der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit wurde somit auf die Arbeit mit lokalen Ansprechpartner\_innen und die Rubrik „Lernen“ reduziert. Die inhaltliche Ausrichtung der anderen Rubriken der Seite wurde der BIGE übertragen. Der Verfassungsschutz gewann somit die Deutungshoheit darüber, was als rechtsextrem zu definieren ist. Interessant dabei ist, welche Konsequenzen aus dieser Aufteilung resultieren: Nicht die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bietet Unterrichtseinheiten zum Thema „Rechtsextremismus“ an, sondern die BIGE. Damit hat der Bayerische Verfassungsschutz, als staatliches Überwachungsorgan, einen Bildungsauftrag erhalten, für den er weder geeignet noch zuständig ist.

1 Vgl.: Neugebauer, Georg (2008): *Extremismus – Linksextremismus – Rechtsextremismus. Begriffsdefinitionen und Probleme.* <http://www1.bpb.de/themen/UXBBFN.html>, Stand: 24.01.2012

### Anzeige



**antifaschistische  
informations-,  
dokumentations-  
& archivstelle  
münchen e.V.**

Das a.i.d.a.-Archiv sammelt seit 1990 Material von und über rechte und extrem rechte Gruppierungen und Organisationen, über Nationalismus, Konservatismus und Rassismus sowie antifaschistische Publikationen und vieles mehr.

---

Infos, Termine & Berichte  
**[www.aida-archiv.de](http://www.aida-archiv.de)**

---

a.i.d.a. e.V.  
Postfach 400 123 | 80701 München  
e-Mail: [info@aida-archiv.de](mailto:info@aida-archiv.de)

# Ernesto Kroch

## ist gestorben

Am 11. März ist unser Freund Ernesto Kroch im Alter von 95 Jahren in Frankfurt am Main gestorben. Mit ihm starb ein Mensch, der sich zeitlebens für die Herstellung solidarischer Verhältnisse unter den Menschen und eine gerechte Gesellschaftsordnung eingesetzt hat.

**Ernesto Kroch** wurde 1917 in Breslau geboren. Als junger Mensch erlebte er den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland. Nach der Machtübernah-

blik Deutschland. Seit 1985 lebt Ernesto wieder in Montevideo und ist nach wie vor als engagierter Linker in sozialen Basisorganisationen und im Umfeld des Linksbündnisses Frente Amplio aktiv. 2002 erschien seine Autobiographie „Heimat im Exil – Exil in der Heimat“ bei Assoziation A.

Jedes Jahr im Sommer war Ernesto in Begleitung seiner Frau Eva Weil (genannt: Feva) in Deutschland unterwegs, um über die Entwicklung in Uruguay zu in-



me der Nationalsozialisten 1933 schloss er sich einer Widerstandsgruppe an. Am 9. November 1934 wurde er verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer 18monatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach deren Verbüßung kam er ins Konzentrationslager Lichtenburg. Anfang 1937 konnte er Deutschland verlassen und kam Ende 1938 über Jugoslawien nach Uruguay. Auch dort war er politisch aktiv, engagierte sich im Deutschen Antifaschistischen Komitee, später in der Gewerkschaft und der Kommunistischen Partei. Als im Juni 1973 in Uruguay das Militär die Macht übernahm, arbeitete er wieder im Untergrund. Um seiner drohenden Verhaftung zu entgehen, nahm er 1982 den umgekehrten Fluchtweg in die Bundesrepu-

formieren und den Austausch mit der hiesigen Linken zu suchen.

In diesem Rahmen haben auch wir als Ökumenisches Büro mehrfach beeindruckende Veranstaltungen mit ihm in München organisiert – zuletzt im Juli 2010, wo er über die verschiedenen Etappen seines Lebens und seiner politischen Arbeit berichtete. Ein ausführliches Interview mit Ernesto Kroch und Eva Weil war in den letzten beiden Ausgaben des Infoblatts (Nr. 77 und 78) abgedruckt.

Wir werden Ernesto in herzlicher Erinnerung behalten und seine Geschichte(n) weitertragen.



*»Raum schaffen für das Unvorhersehbare & Irritierende,  
für das Horizont Öffnende & Nicht-Integrierbare...«*

---

**WWW.BUKO.INFO**

---

**Spendenkampagne** Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit  
Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel . BLZ 210 602 37 . Kto.: 234 389

**Impressum:**

Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.,  
Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45  
Telefax: 089 - 48 76 73  
E-mail: [info@oeku-buero.de](mailto:info@oeku-buero.de)  
Homepage: [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62  
E-mail: [flug@oeku-buero.de](mailto:flug@oeku-buero.de)

**Mitarbeiter\_innen:**

Babs Kwapkowski, Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva Bahl (eb), Eva-Maria Bach,  
Gabi Fischer (gf), Klaus Pinzek, Marianne Walther (mw), Ruth Weizel, Zara Pfeiffer

**Bildnachweise:**

Titel: Sugarray Banister (cc); <http://www.flickr.com/photos/srbanister/5916242020/sizes/l/in/photostream>  
Seite 3: melek (cc); <http://blog.rebellen.info/tag/gentrifizierung>  
Seite 4/5: <http://www.dataloo.de/>  
Seite 6: <http://www.linksfraktion-hamburg.de>  
Seite 13/15/28/29/33: Ökumenisches Büro  
Seite 17: Magdalena Heuwieser  
Seite 19: Jesús Garza  
Seite 30: Filmstill aus "En mis Tacones" von Fernando Reyes  
Seite 37: Jaška Klocke

Onlineausgabe unter [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros  
wird gefördert durch die



Landeshauptstadt  
München  
Kulturreferat

# Flug- und **Zug**dienst



## Was ist der Flugdienst?

Als der Flugdienst 1985 ins Leben gerufen wurde, stand die Idee dahinter, die Flüge für die Arbeitseinsätze in Nicaragua und später in El Salvador zu organisieren. Mittlerweile vermitteln wir nicht nur Flüge für BrigadistInnen nach Zentralamerika, sondern für alle Menschen an alle Orte der Welt. Und nicht nur Flüge, sondern auch Mietwagen, Hotels, Pauschalreisen und neuerdings auch Zugfahrkarten. Aus dem kleinen internen Dienstleistungsservice ist eine dauerhafte Nebenerwerbsmöglichkeit für unser Büro entstanden.

Auch wenn der Großteil der von uns verkauften Flugtickets für Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sind, so freuen wir uns auch über jedes für eine Urlaubsreise verkaufte Flugticket. Jeder Flug (und auch jede Zug- oder Pauschalreise) hilft uns, das Ökumenische Büro auch weiterhin finanzieren zu können.

## Was ist der Zugdienst?

Seit Kurzem können Sie Ihre Fahrkarten für die Deutsche Bahn online über unsere Internetseite buchen. Es sind zwar nur Centbeträge, die wir dafür bekommen, aber es kostet Sie keinen Cent mehr und bei uns „läppert“ sich doch der ein oder andere Euro zusammen.

Die Buchungen sind telefonisch, per Mail und auch online machbar. Einfach mal auf unsere Homepage schauen!

[www.oeku-buero.de/flug](http://www.oeku-buero.de/flug)  
[www.facebook.com/oekubuero.flug](https://www.facebook.com/oekubuero.flug)





Lateinamerika  
Internationalismus  
Kultur  
Menschenrechte  
Bildung  
www.oeku-buero.de

emanzipativ  
Nicaragua  
kritisch  
El Salvador  
solidarisch  
Mexiko